



Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungstatbestände

Vorbereitung für ein (Über-) Leben in der Industrie WS 2019/20

Prof. Dr. Ralf Brickau







Inhalt:



A. Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre

- . Einführung in das wirtschaftliche Handeln
 - 1.1 Motive des Wirtschaftlichen Handelns
 - 1.2 Klassifikation von Wirtschaftsgütern
 - 1.3 Ausprägungen des Wirtschaftlichkeitsprinzips
- 2. Träger der Wirtschaft
 - 2.1 Systematik der Wirtschaftseinheiten
 - 2.2 System der Produktionsfaktoren
 - 2.3 Der betriebliche Wertschöpfungsprozess
 - 2.4 Unternehmensklassifikation
 - 2.5 Der sektorale Strukturwandel
- 3. Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft
 - 3.1 Das System der Wissenschaften
 - 3.2 Gliederung der Betriebswirtschaftslehre

B. Grundlagen der Unternehmensführung

- 1. Wesen der Unternehmensführung
 - 1.1 Aufgaben der Unternehmensführung
 - 1.2 Funktionsbereiche der Unternehmensführung
 - 1.3 Managementprozess der Unternehmensführung
- 2. Unternehmensanalyse
 - 2.1 Die Umweltverflechtung von Unternehmen
 - 2.2 Aufgaben der Unternehmensanalyse
 - 2.3 Informationsbereiche der Analyse
 - 2.4 Analysemethoden

3. Unternehmensziele

- 3.1 Aufgaben der Zielformulierung
- 3.2 Unternehmensleitbild
- 3.3 Strategische Unternehmensziele
- 3.4 Operative Unternehmensziele
- 3.5 Methoden der Zielbildung

4. <u>Unternehmensstrategien</u>

- 4.1 Aufgabe der Strategieplanung
- 4.2 Marktstrategien
- 4.3 Wachstumsstrategien
- 4.4 Wettbewerbsstrategien
- 4.5 Planungsmethoden

5. Unternehmenskoordination

- 5.1 Plankoordination
- 5.2 Unternehmenskontrolle
- 5.3 Unternehmensorganisation

C. Grundlagen der Personalwirtschaft

- 1. Entscheidungsfeld der Personalwirtschaft
 - 1.1 Aufgaben der Personalwirtschaft
 - 1.2 Ziele der Personalwirtschaft
 - 1.3 Träger der Personalwirtschaft
- 2. Personalbedarfsplanung
 - 2.1 Qualitativer Personalbedarf
 - 2.2 Quantitativer Personalbedarf
- 3. Instrumente der Personalwirtschaft
 - 3.1 Personalbeschaffung und -auswahl
 - 3.2 Personalentwicklung
 - 3.3 Anreizpolitik
 - 3.4 Personalführung

Inhalt:



D. Grundlagen der Beschaffungspolitik

- 1. Aufgaben der Beschaffungspolitik
 - 1.1 Einkauf
 - 1.2 Disposition
 - 1.3 Eingangskontrolle
 - 1.4 Logistik
 - 1.5 Lagerung
- 3. Beschaffungsstrategien
 - 3.1 Portfolio-Analyse
 - 3.2 Marktmacht-Portfolio
 - 3.3 Risiko-Portfolio

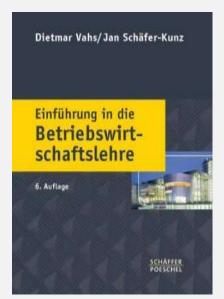
E. Grundlagen der Produktionswirtschaft

- 1. Begriffe und Wesen der Produktion
 - 1.1 Das Produktionssystem
 - 1.2 Typologie von Produktionssystemen
 - 1.3 Zielsystem der Produktion
- 2. Produktionsplanung
 - 2.1 Produktionsprogrammplanung
 - 2.2 Planungsebenen
- 3. Prozessgestaltung
 - 3.1 Ablaufplanung
 - 3.2 Mengenplanung

F. Grundlagen des Marketing (nächstes Sem)

- 1. Begriff und Wesen des Marketing
 - 1.1 Marketing-Management-Konzept
 - 1.2 Aufgaben des Marketing-Management
 - 1.3 Der Marketing-Management-Prozess
- 2. Anbieter und Nachfragerverhalten auf Märkten
 - 2.1 Anbieterverhalten
 - 2.2 Nachfragerverhalten
- 3. Informationsgewinnung und -verarbeitung im Marketing
 - 3.1 Marktforschung
 - 3.2 Marketingprognosen
 - 3.3 Marktsegmentierung
- 4. Marketing-Instrumente (Marketing-Mix)
 - 4.1 Produktpolitik
 - 4.2 Preispolitik
 - 4.3 Distributionspolitik
 - 4.4 Kommunikationspolitik
- 5. Marketingplanung
 - 5.1 Strategische Marketingplanung
 - 5.2 Taktische und operative Planung





•ISBN-10:3-7910-2932-0

•EAN:9783791029320

•Erscheinungsjahr: 2012



•ISBN-13: 9783868940466

•ISBN-10: 3868940464

•Erscheinungsjahr: 2011



•ISBN-13: 9783808592465

•ISBN-10: 380859246X

•Erscheinungsjahr: 2014

Ansonsten alle Medien zu BWL und Management - und das Skript plus weitere Handouts!



1. Einführung in das wirtschaftliche Handeln

Begriffsdefinition:

Wirtschaften = planmäßiger Einsatz von Wirtschaftsgütern

durch Wirtschaftseinheiten

zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung



1. Einführung in das wirtschaftliche Handeln

SCHOOL OF MANAGEMENT

1.1 Motive des wirtschaftlichen Verhaltens

Bedürfnisse:

= psychische Antriebskräfte des menschlichen Verhaltens

Beispiel: Reizumwelt - persönlicher Zustand -Werbespot -Sportaktivität - Bezugsgruppen - Marktkommunikation - aktuelle Produktverwendung - sozio-ökonom. Ressourcen Bedürfnis (need) -Hunger - empfundener Mangelzustand (=deprivation) Motivation -Sattwerden - allgemeine, zielgerichtete Bedürfnisse (=*Handlungsabsichten*) Konsummotivation (Nutzen, benefits) -Speisenqualität - konsumbezogene Leistungsansprüche (=konkrete, spezielle Motive) -Serviceschnelligkeit

Prof. Dr. Ralf Brickau WS 19/20

Bedürfnisse/Motive:

Motive nach A. Maslow	Konkretisierung beim Konsum	Marketingbezogene Verhaltens- und Leistungskategorien alternative Lebensweise Do-it-jourself Hobbys (Lesen, Musizieren, Malen) Reparaturan im Haus, am Auto Jogging und Leistungssport Sammeln von Kunstwerken (Weiter-)Bildung religiöse Erbauung				
Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung	Erlebnisstreben Genussstreben Freude am Können Spaß an der Technik					
Geltungsbedürfnis	Anerkennung Prestige Ruhm	Luxuslokale Nobelautos Exklusive Kleidung Zweitwohnung Exotische Reiseziele				
soziale Bedürfnisse	Liebe Zuneigung Geselligkeit soziales Engagement	Nachbarschaftsläden Gastronomie Hotellerie Spendenmarkt Biokost Krankenversicherungen+ Lebensversicherungen Sanatorien Sicherheitsdienste Finanzberatung Markenartikel bleifreies Benzin				
Sicherheitsbedürfnisse	Schutz von -Gesundheit -Hab und Gut -Umwelt Absicherung gegen -Versorgungsengpässe -Kaufrisiken -Krankheit					
fundamentale physiologische Bedürfnisse	Essen Trinken Kleidung Wohnung					

1. Einführung in das wirtschaftliche Handeln

deln ISM international school of management

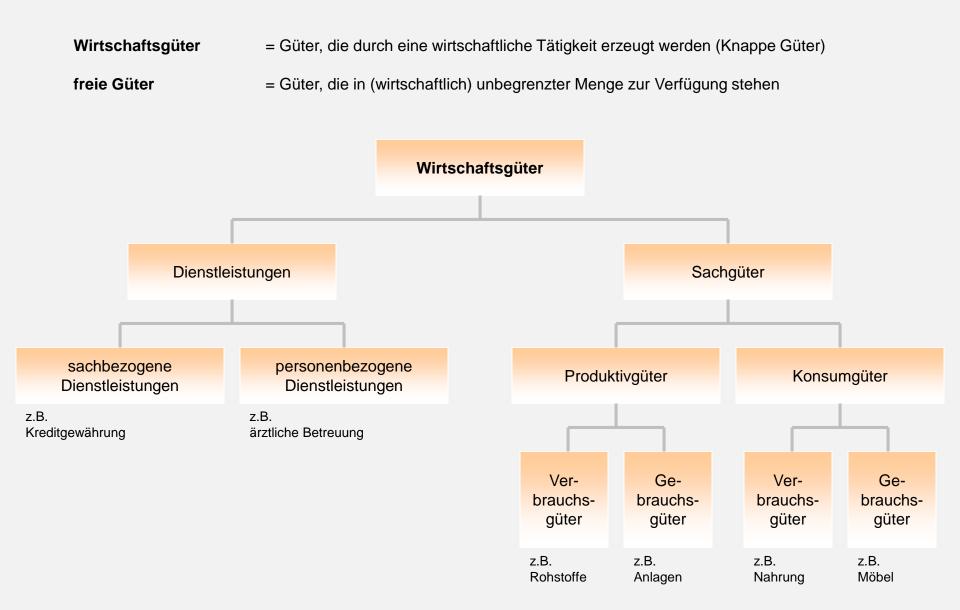
1.2. Einteilungskriterien von Gütern . . .

Güter					
Fire and assessing date	Inputgüter (Rohstoffe, Maschinen, Arbeit)				
Einordnung in den Produktionsprozeß	Outputgüter (KFZ, Reifen, Benzin, Nahrungsmittel)				
	Outputguter (N. Z., Nellen, Denzin, Hamangsmitter)				
Position im Marktprozeß	Konsumgut (Fahrrad, Schuhe, Reise)				
T COMOT III MANAGE CECK	Investitionsgut (Werkzeug, Maschinen, Beratung)				
	Verbrauchsgut / Repetierfaktor (Rohstoffe, Energie)				
Nutzungsart	Gebrauchsgut / Potentialfaktor (KFZ, Kleidungsstück)				
Physische Substanz	Immaterielle Güter (Dienste, Rechte)				
	Materielle Güter (körperliche Sachen)				
	Realgüter (Erzeugnisse)				
Wirtschaftssystem	Nominalgüter (Geld)				
	Freie Güter (Luft)				
Verfügbarkeit	Knappe Güter (Wirtschaftsgüter)				

1. Einführung in das wirtschaftliche Handeln

deln ISM INTERNATIONAL SCHOOL OF MANAGEMENT

1.2 Klassifikation von Wirtschaftsgütern



1. Einführung in das wirtschaftliche Handeln

deln ISIVI
INTERNATIONAL
SCHOOL OF MANAGEMENT

1.3 Ausprägungen des Wirtschaftlichkeitsprinzips

Güterknappheit bedingt eine Entscheidung über Ressourcenverteilung von Wirtschaftseinheiten



Wirtschaftlichkeitsprinzip (Ökonomisches Prinzip)



mengenmäßige Wirtschaftlichkeit

Maximalprinzip

max. mengenmäßiger Ertrag (Ausbringungsmenge)

geg. mengenmäßiger Einsatz (Faktoreinsatzmenge)

Minimalprinzip

geg. mengenmäßiger Ertrag (Ausbringungsmenge)

min. mengenmäßiger Einsatz (Faktoreinsatzmenge)

wertmäßige Wirtschaftlichkeit

Budgetprinzip

max. Wertmäßiger Ertrag

geg. wertmäßiger Einsatz (Aufwand)

Sparprinzip

geg. wertmäßiger Ertrag

min. wertmäßiger Einsatz (Aufwand)

<u>Maximalprinzip</u>: Bei gegebenem Aufwand an Produktionsfaktoren den größtmögliche Güterertrag erzielen

Minimalprinzip: Die mengenmäßige Wirtschaftlichkeit fordert, dass bei geringstmöglichem Einsatz an

Produktionsfaktoren ein vorgegebener Güterertrag zu erwirtschaften ist

Budgetprinzip: Mit einem gegebenen Geldaufwand ist ein maximaler Erlös zu erzielen

Sparprinzip: Ein vorgegebener Erlösbetrag ist bei minimalem Geldeinsatz zu erwirtschaften

2. Träger der Wirtschaft

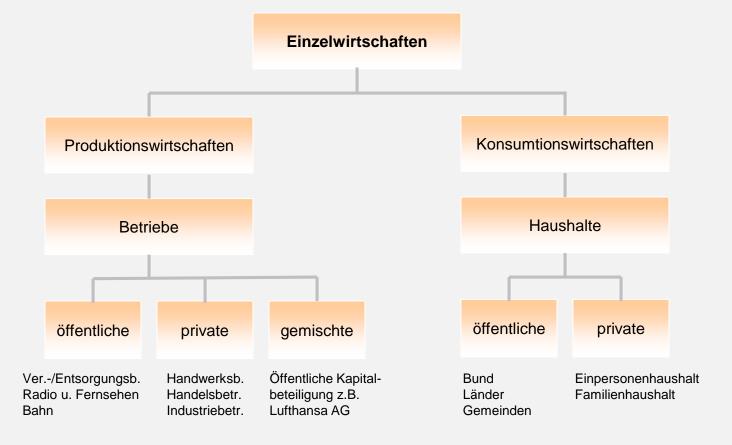


2.1 Systematik der Wirtschaftseinheiten

Wirtschaftseinheiten:

Haushalte = Einzelwirtschaften zur Eigenbedarfsdeckung (*Nachfrager-, Anbieterfunktion*)

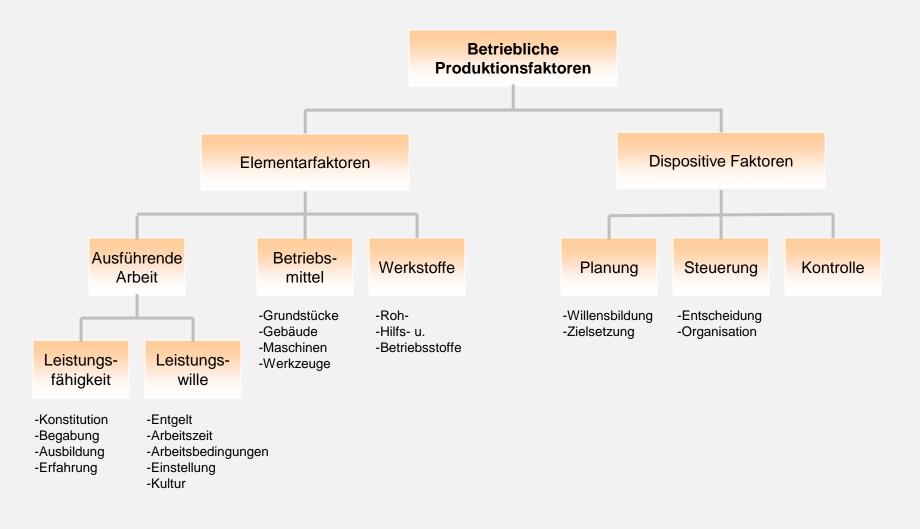
Unternehmen = Einzelwirtschaften zur Fremdbedarfsdeckung (Anbieter-, Nachfragerfunktion)



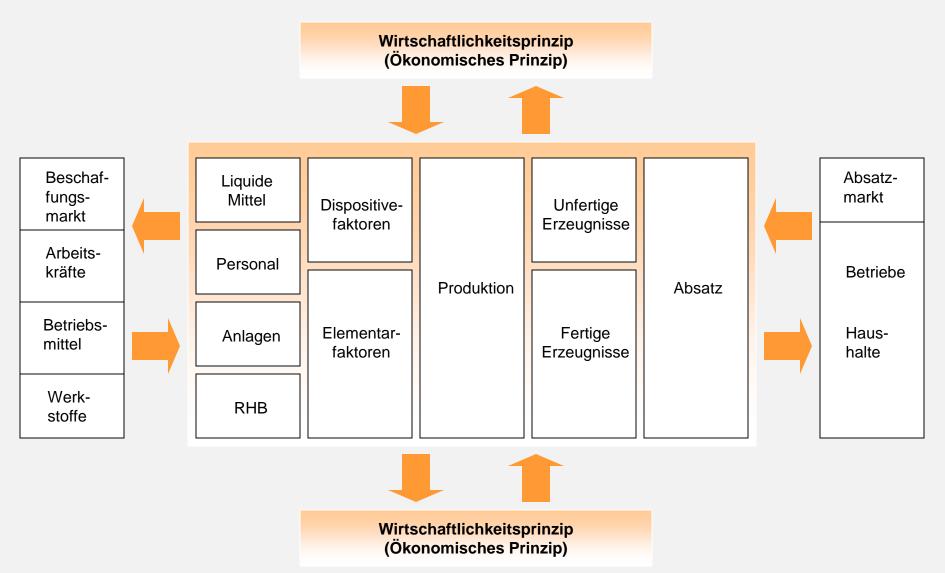
2. Träger der Wirtschaft



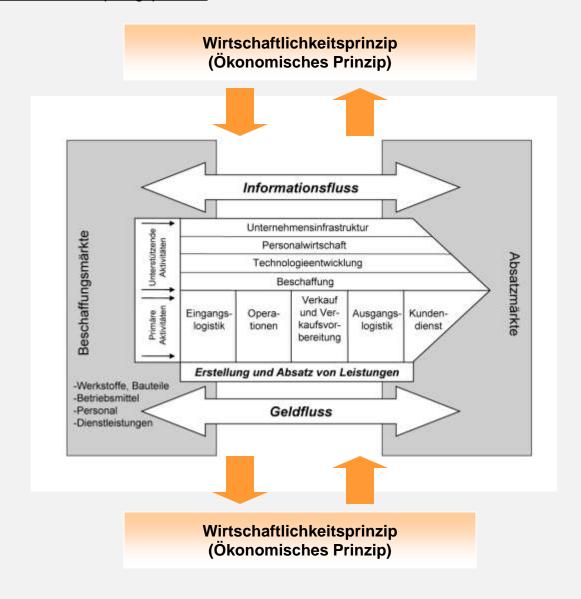
2.2 System der Produktionsfaktoren



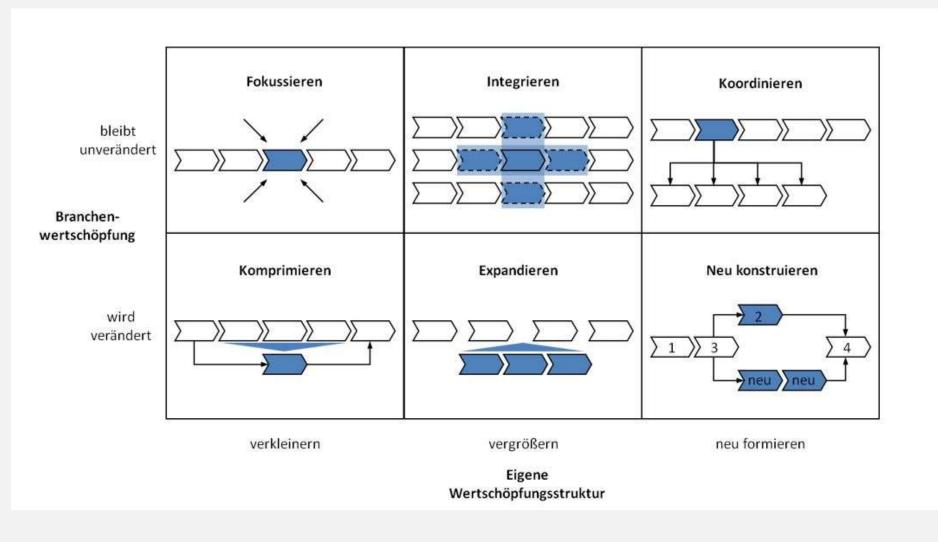










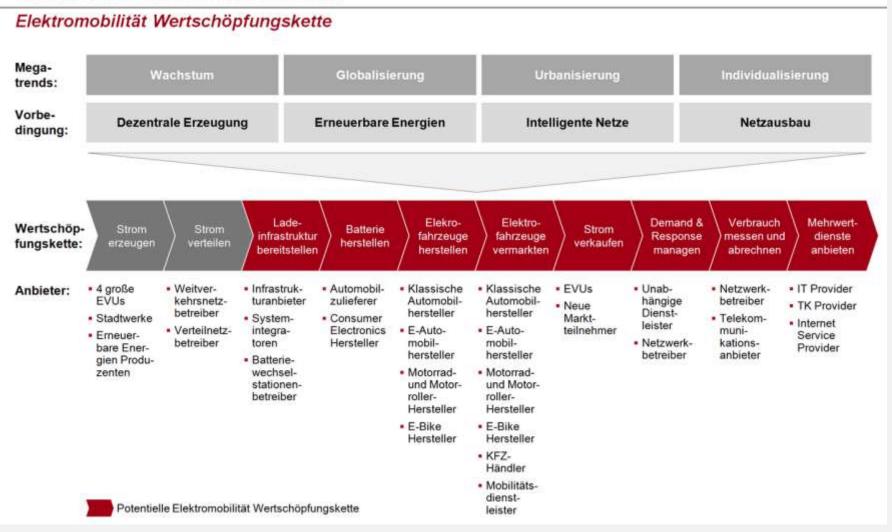








In den kommenden Jahren wird sich eine neue Wertschöpfungskette für Elektromobilität entwickeln





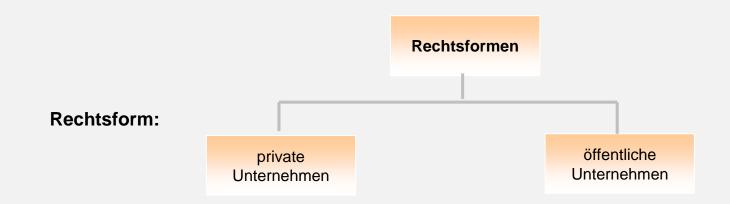
2.4 <u>Unternehmensklassifikationen</u>

Typologie: Betriebsgröße:

Es existieren auch qualitative Definitionen!

Größeneinteilung von Betrieben							
	Beschäftigte	Bilanzsumme *	Umsatz*				
Kleinbetrieb	< 50	< 0,5 Mio.	< 2,5 Mio.				
Mittelständler	50 - 1000	1 – 12 Mio.	2,5 – 25 Mio.				
Großbetrieb	> 1000	> 12 Mio.	> 25 Mio.				

* In €

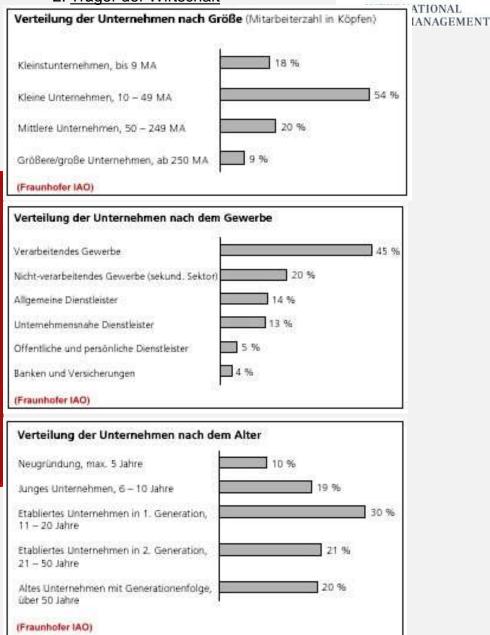


2.4 Unternehmensklassifikationen



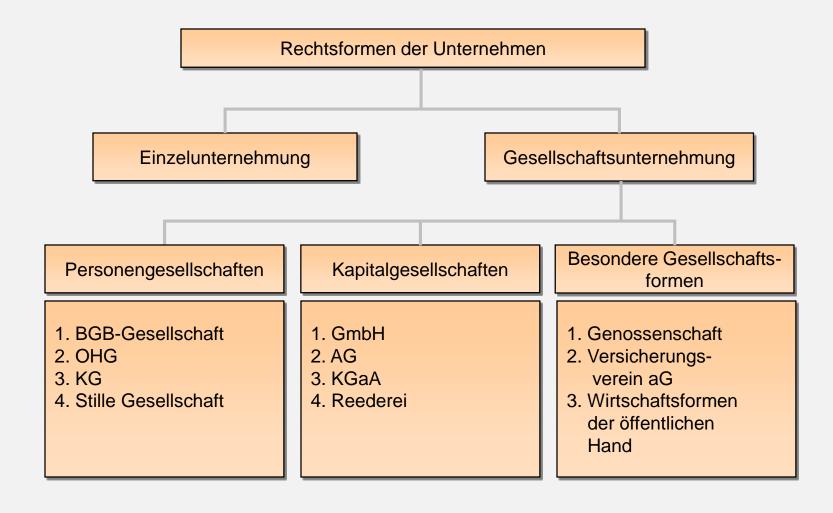
Es existieren auch qualitative Definitionen!

2. Träger der Wirtschaft





Typologie der Unternehmensrechtsformen





Typologie der Unternehmensrechtsformen



BVB 09 ist eine GmbH & Co. KGaA – warum?

Die GmbH & Co. KGaA ist eine Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA), deren Komplementär eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist. Durch die Wahl dieser Mischform lässt sich die Haftung der Kommanditgesellschaft auf das Vermögen der GmbH beschränken, ohne die Rechtsform der Kommanditgesellschaft auf Aktien aufgeben zu müssen. Die Kommanditisten dieser Gesellschaft sind weiterhin die Kommanditaktionäre der KGaA.

Dabei ist die GmbH & Co. KGaA eine relativ junge Gesellschaftsform, da in der Rechtswissenschaft lange Zeit umstritten war, ob eine juristische Person (GmbH) persönlich haftender Gesellschafter einer KGaA sein kann. Erst der bestätigende Beschluss des Bundesgerichtshofes vom 24. Februar 1997, Az.: II ZB 11/96 schuf Rechtssicherheit und verhalf der GmbH & Co. KGaA so zu einer gewissen praktischen Relevanz.

Zu den Unternehmen, die diese Rechtsform (wegen der 50+1-Regel) gewählt haben, zählen beispielsweise die Lizenzspielerabteilungen mehrerer Vereine der Fußball-Bundesliga wie die Borussia Dortmund GmbH & Co. KGaA.



Einzelunternehmung

Einzelfirma und Einzelunternehmung

Unternehmungsform der Erwerbswirtschaft; ein, das Handelsgewerbe als Alleininhaber, betreibender Kaufmann

Charakterisierung:

Der Einzelkaufmann muß für seine Firma seinen Familiennamen und einen ausgeschriebenen Vornamen wählen

Ein Firmenzusatz darf kein Gesellschaftsverhältnis andeuten (§ 18 HGB)

Nur bei kleinerem Umfang (Minderkaufmann) nicht im Handelsregister einzutragen.

Zweigniederlassung möglich.

Auflösung durch Liquidation formlos, kein Abwickler

Haftung:

Der Einzelkaufmann haftet mit seinem gesamten, d. h. auch mit seinem privaten Vermögen Der Erwerber haftet für die Verbindlichkeiten, wenn der Ausschluß nicht ins Handelsregister eingetragen wird Erben haften, wenn sie die Firma der Einzelunternehmung fortführen und die Erbschaft nicht ausschlagen

Besteuerung:

Errichtung einer Einzelunternehmung unterliegt keiner Steuer Geschäftsbetrieb löst i. d. R. Einkommen-, Gewerbe- und Umsatzsteuer aus



Personengesellschaft

Zusammenschluß von mindestens zwei Personen zur Verwirklichung eines bestimmten Zweckes in der Rechtsform der Gesellschaft.

- Gesellschaft des bürgerlichen Rechts
- offene Handelsgesellschaft (OHG)
- Kommanditgesellschaft (KG)
- (stille Gesellschaft)

Charakterisierung:

- Keine juristische Person
- Nicht die Kapitalbeteiligung, sondern die Person als Gesellschafter steht im Vordergrund
- Grundsätzlich arbeiten die Gesellschafter persönlich mit und haften persönlich mit ihrem Vermögen
- Die Abstimmung innerhalb der Personengesellschaft findet nach der Zahl der Gesellschafter statt
- Die Gesellschaftsbeteiligung ist regelmäßig nicht übertragbar
- Das Gesellschaftsvermögen steht den Gesellschaftern in Gemeinschaft zur gesamten Hand zu
- Die Ausgestaltung der Personengesellschaft hängt vom Gesellschaftsvertrag ab

Besteuerung:

- 1. Gewerbesteuer
- 2. Umsatzsteuer
- 3. Einkommen- und Vermögensteuer für die einzelnen Gesellschafter als Mitunternehmer



BGB-Gesellschaft

Gesellschaft des bürgerlichen Rechts

Gesellschaft, deren Zweck nicht auf den Betrieb des Handelsgewerbes eines Vollkaufmanns gerichtet ist. Rechtsgrundlagen: §§ 705-740 BGB; die Vorschriften des HGB sind unanwendbar. Die G.b.R. hat keine Firma, ist keine juristische Person und kann als G.b.R. weder klagen noch verklagt werden.

Gründung durch Gesellschaftsvertrag, mit dem sich die Gesellschafter gegenseitig verpflichten, die Erreichung eines bestimmten Zwecks in der im Vertrag bestimmten Weise zu fördern (§ 705 BGB).

Rechte und Pflichten der Gesellschafter:

- a) Leistung der Gesellschaftsbeiträge und Haftung untereinander für Sorgfalt in eigenen Angelegenheiten.
- b) Das Gesellschaftsvermögen steht allen Gesellschaftern in Gemeinschaft zur gesamten Hand zu; kein Gesellschafter kann über seinen Anteil am Gesellschaftsvermögen (andere Abrede zulässig) verfügen oder Teilung verlangen, solange G.b.R. besteht.
- c) Wahrnehmung der Geschäfte durch einen oder mehrere geschäftsführende Gesellschafter.
- d) Gewinn- oder Verlustverteilung mangels anderer Abrede nach Köpfen (Gewinnanteil des Gesellschafters).
- e) Gläubiger können Gesellschaftsvermögen oder sonstiges Vermögen der Gesellschafter in Anspruch nehmen.
- f) Ansprüche der Gesellschafter aus dem Gesellschaftsverhältnis sind i. d. R. nicht übertragbar, ausgenommen solche aus der Geschäftsführung, auf den Gewinnanteil oder aus der Auseinandersetzung.

Beendigung durch Zweckerreichung, Auflösungsbeschluß und Kündigung, Tod oder Konkurs.

Bei Auflösung findet eine Auseinandersetzung der Gesellschafter hinsichtlich des Gesellschaftsvermögens statt.

Die Gesellschaft gilt als fortbestehend, soweit der Zweck der Auseinandersetzung das erfordert.



Offene Handelsgesellschaft

Die **Offene Handelsgesellschaft** ist eine Personengesellschaft, deren Zweck auf den Betrieb eines Handelsgewerbes ausgerichtet ist.

Die OHG ist zwar keine juristische Person, sie hat aber gegenüber ihren Gesellschaftern eine gewisse Verselbstständigung. Im Rechtsverkehr kann sie als geschlossene Einheit auftreten und z.B. Rechte erwerben, Verbindlichkeiten eingehen, vor Gericht klagen und verklagt werden..

Die Gesellschafter **haften** unmittelbar und unbeschränkt mit ihrem vollen Vermögen (Privat- und Gesellschaftsvermögen)

Errichtung der OHG:

- 1. Die OHG wird durch einen Gesellschaftsvertrag gegründet
- 2. Handelsregistereintragung richtet sich nach der Art des Handelsgewerbes
- 3. Anmeldung muß beim Amtsgericht, in dessen Bezirk die OHG ihren Sitz hat, erfolgen. Die Anmeldung ist von allen Gesellschaftern zu bewirken.
- 4. Das Innenverhältnis der Gesellschafter bestimmt sich weitgehend nach dem Gesellschaftsvertrag. Regelung über Höhe und Art der Gesellschaftsbeiträge, Dauer, Kündigungsfristen, Gewinn- und Verlustbeteiligung, Berechnung des Abfindungsguthabens eines ausscheidenden Gesellschafters etc.
- 6. Die Gesellschaftsanteile sind i. d. R. nicht übertragbar.
- 7. Jeder Gesellschafter ist Kaufmann.



Kommanditgesellschaft

Personengesellschaft mit dem Zweck, ein Handelsgewerbe unter gemeinschaftlicher Firma zu betreiben. Sie besteht aus einem oder mehreren persönlich haftenden Gesellschaftern (Komplementären) und mindestens einem Gesellschafter, dessen Haftung auf die Einlage beschränkt ist (Kommanditist).

Auch juristische Personen können Kommanditist oder Komplementär sein. Die Haftungssumme des Kommanditisten ist ins Handelsregister einzutragen; die Einlage kann in Geld, Sachwerten, mitunter in Diensten bestehen.

Errichtung der Kommanditgesellschaft:

- Erfolgt durch Gesellschaftsvertrag, der u. a. Dauer, Kündigungsmöglichkeit und Haftsumme des Kommanditisten bestimmt.
- Das Innenverhältnis der Gesellschafter bestimmt sich weitgehend nach dem Kommanditvertrag.
 Ein gesetzliches Wettbewerbsverbot besteht nur für die Komplementäre, doch ergeben sich auch für die Kommanditisten Einschränkungen aus der Treuepflicht des Gesellschafters.

Firmenbezeichnung:

- Die Firma enthält den Namen (mit oder ohne Vornamen) mindestens eines Komplementärs mit einem auf das Bestehen einer Gesellschaft hinweisenden Zusatz.
- · Aufnahme von Kommanditistennamen ist unzulässig.
- · Firmenzusätze sind erlaubt.



Kapitalgesellschaften

Im Gegensatz zu Personengesellschaften steht die kapitalmäßige Beteiligung der Gesellschafter im Vordergrund. Eine Beteiligung ohne Kapitaleinlage ist nicht möglich, eine persönliche Mitarbeit der Gesellschafter nicht erforderlich.

- Kapitalgesellschaften sind juristische Personen mit Rechtsfähigkeit. Für Vertretung und Geschäftsführung sind besondere Organe erforderlich.
- Die Anteile der Gesellschafter sind regelmäßig übertragbar, ohne daß durch Gesellschafterwechsel oder Ausscheiden bzw. Eintritt von Gesellschaftern der Bestand der Kapitalgesellschaft beeinflußt wird.
- Die Willensbildung (Beschlußfassung) erfolgt i. d. R. nach dem Verhältnis der Kapitalbeteiligung. Das persönliche Vermögen der Gesellschafter haftet nicht für die Schulden der Gesellschaft (Ausnahme: Komplementär der KGaA).

Formen der Kapitalgesellschaften:

- Aktiengesellschaft (AG)
 - Bei der AG ist ausschließlich die Kapitalbeteiligung maßgebend, die durch die z. T. große Zahl von Gesellschaftern (Aktionären) und die wertpapiermäßige Verbriefung der Gesellschaftsrechte in Aktien (und damit leichte Übertragbarkeit) besonders in Erscheinung tritt.
- Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
 - Die GmbH läßt gewisse personenrechtliche Züge (z. B. Erschwerung der Übertragbarkeit der Anteile, Geschäftsführer oft Gesellschafter) erkennen.
- Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA)
 Im Gegensatz zur KG erfolgt eine Verbriefung der Kommanditeinlage in Aktien



Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die GmbH ist eine Kapitalgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit.

Haftung:

- Unbeschränkt mit ihrem Vermögen (der Gesellschaft!).
- Eine Haftung der Gesellschafter besteht nur gegenüber der Gesellschaft; sie ist begrenzt auf die Erbringung der Einlagen und etwaiger Nachschüsse.

Stammkapital:

- Mindestens 25.000 €
- Beteiligung kann für die einzelnen Gesellschafter verschieden hoch sein.
- Beschluß auf Kapitalerhöhung oder Kapitalherabsetzung bedarf einer Drei-Viertel-Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Errichtung:

- Die Errichtung einer GmbH erfolgt durch eine oder mehrere Personen mit Abschluß eines Gesellschaftsvertrages in notarieller Form.
- 25% Einzahlung aufs Kapital erforderlich, jedoch müssen Bareinlagen zuzüglich Sacheinlagen 12.500 € erreichen.
- Die GmbH entsteht mit der Eintragung ins Handelsregister.
- Errichtung zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck möglich; Erwerbszweck nicht notwendig.
- Gesellschaftsvertrag muß enthalten: Firma, Sitz der Gesellschaft, Gegenstand des Unternehmens, Höhe des Stammkapitals, Stammeinlagen der Gesellschafter.
- Abänderungen nur mit einer Mehrheit von 3/4 der abgegebenen Stimmen.



Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Fortsetzung)

Organe der GmbH:

Α.

- 1. **Geschäftsführer** im Innenverhältnis verpflichtet durch Anstellungsvertrag. Vornahme bestimmter Geschäfte nur mit Genehmigung der Gesellschafterversammlung oder des Aufsichtsrats möglich. Nach außen mit unbeschränkbarer Vertretungsmacht.
- 2. Gesellschafterversammlung:
- Sie hat über Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses, Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlagen, Rückzahlung von Nachschüssen, Einziehung und Teilung von Geschäftsanteilen, Bestellung, Abberufung, Prüfung und Entlastung von Geschäftsführern, Bestellung von Prokuristen, Vertretung der Gesellschaft gegen die Geschäftsführer zu bestimmen.
- Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit (50 € = 1 Stimme, falls Satzung nichts anderes bestimmt) gefaßt.
- Protokoll nicht vorgeschrieben, aber empfehlenswert. Öffentliche Beurkundung bei satzungsändernden Beschlüssen (Kapitalerhöhung, -herabsetzung, Firmenänderung, Sitzverlegung, Liquidation) erforderlich.
- 3. **Aufsichtsrat**, Beirat und Verwaltungsrat sind i.a. fakultative Organe (bei GmbH mit mehr als 500 Arbeitnehmern muß Aufsichtsrat gebildet werden)

Besteuerung:

Gewerbesteuer auf Gewerbeertrag und Gewerbekapital, Körperschaftsteuer auf Einkommen

Gewinnverteilung:

- · nach einem im Gesellschaftsvertrag festgelegten Schlüssel
- nach Gesellschafterbeschluß
- nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile
- häufig wird der Gewinn ganz oder teilweise zur Stärkung des Eigenkapitals verwendet



GmbH & Co. KG

Aspekte nach dem Handelsrecht:

- Kommanditgesellschaft, bei der eine GmbH persönlich haftender Gesellschafter ist und andere Rechtspersonen (meist die Gesellschafter der GmbH) Kommanditisten sind. Zulässige Gesellschaftsform, juristisch Personengesellschaft.
- Durch die Beteiligung der juristischen Person (GmbH) wird die Haftung des persönlich haftenden Gesellschafters auf deren Vermögen beschränkt.
- Gründung nach den Grundsätzen der Errichtung der KG. In der Firmenbezeichnung muß die GmbH erscheinen, auch bei Gesellschafterwechsel durch Ausscheiden einer natürlichen Person als persönlich haftender Gesellschafter und Eintritt einer GmbH an seine Stelle.

Aspekte nach dem Steuerrecht:

- Die nach der einheitlichen und gesonderten Gewinnfeststellung auf die beteiligten natürlichen Personen entfallenden Gewinnanteile unterliegen bei diesen der Einkommensteuer, die Anteile der beteiligten GmbH bei dieser der Körperschaftsteuer.
- Bei der steuerlichen Behandlung des Gehalts des GmbH-Geschäftsführers ergeben sich Unterschiede, je nachdem ob das Gehalt von der GmbH oder unmittelbar von der KG gezahlt wird, und ob der Geschäftsführer an der KG als Kommanditist beteiligt ist.
- Die GmbH u. Co. KG unterliegt mit dem einheitlich und gesondert festgestellten Gewinn grundsätzlich der Gewerbeertragssteuer. Das Gewerbekapital richtet sich nach dem Einheitswert des gewerblichen Betriebes. -
- Nach Umsatzsteuerrecht sind KG, GmbH und die einzelnen Kommanditisten als selbständige Unternehmer anzusehen.



Aktiengesellschaft (AG)

Rechtsnatur/Unternehmensverfassung:

Die AG ist eine Handelsgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit (juristische Person).

Für die Verbindlichkeiten der AG haftet den Gläubigern nur das Gesellschaftsvermögen (§ 1 AktG).

Die Gesellschafter (Aktionäre) sind i. d. R. mit Einlagen an dem Aktienkapital beteiligt.

Das Grundkapital der AG wird meist von einer größeren Zahl von Kapitalgebern aufgebracht. Der Vorteil für den Aktionär liegt darin, daß er jederzeit die Aktie mit Hilfe der Banken an der Börse verkaufen kann.

Gründung: Die Einzahlung des Aktionärs muß mindestens 25% des Nennwerts der Aktie und bei Ausgabe der Aktien für einen höheren als den Nennbetrag auch den Mehrbetrag umfassen. Sacheinlagen sind vollständig zu leisten.

Die Satzung (Statut, Gesellschaftsvertrag) muß enthalten: Firma, Sitz, Gegenstand des Unternehmens, Grundkapital, Nennwert der Aktien, Art der Zusammensetzung des Vorstandes, Form für die Bekanntmachungen der AG.

Organe: Hauptversammlung (HV), Aufsichtsrat (AR) und Vorstand (Direktion).

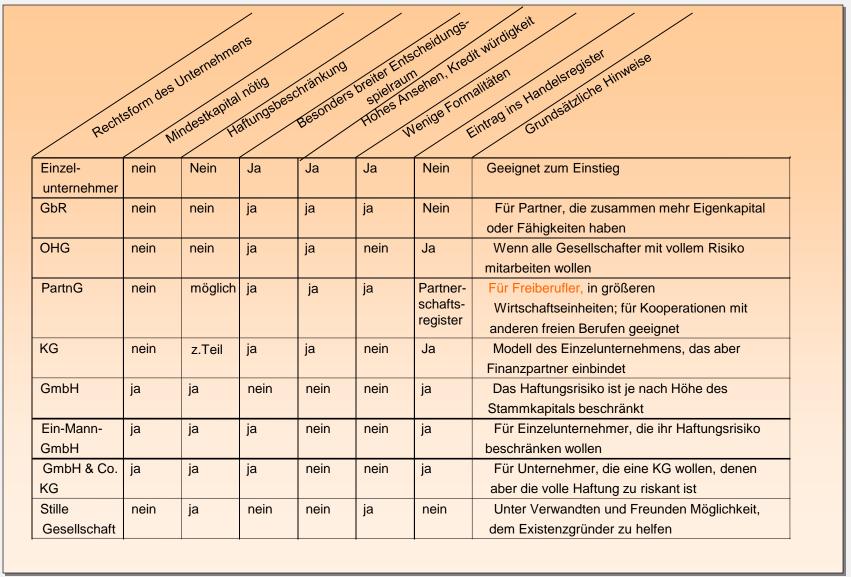
Rechnungslegung:

- Über jedes Geschäftsjahr ist die Jahresbilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) und Anhang (=Jahresabschluß) und der Lagebericht vom Vorstand aufzustellen.
- Im Regelfall (Jahresabschlußprüfung) von Abschlußprüfern zu prüfen, nach Feststellung (vgl. § 172 AktG) i. d. R. zu veröffentlichen (Publizität) und der Hauptversammlung (HV) vorzulegen.
- Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt die HV.

2. Träger der Wirtschaft



Gegenüberstellung einzelner Rechtsformen im Hinblick auf eine Existenzgründung



2. Träger der Wirtschaft



Typologie der Unternehmensrechtsformen

Rechtsform	Vorteile	N achteile
Einzelunternehmen	alleinige Entscheidungsgewalt kein Mindestkapital einfache Buchführung geringe Gründungskosten	volle Haftung mit Privatvermögen alleinige Verantwortung für Misserfolge
GmbH	beschränkte Haftung (Gesellschaftsvermögen) steuerliche Vorteile Einzel- und Teamgründung möglich	Mindestkapital 25.000 Euro aufwendige Gründungsformalitäten und Buchführung
UG	beschränkte Haftung (Gesellschaftsvermögen) einfache Gründungsformalitäten relativ niedrige Gründungskosten Einzel- und Teamgründung möglich	Eintragung ins Handelsregister verpflichtend* geringe Kreditwürdigkeit
AG	Optionen auf zusätzliches Kapital beschränkte Haftung (Gesellschaftsvermögen) leichter Verkauf von Firmenanteilen (Aktien) hohes Ansehen Einzel- und Teamgründung möglich	eingeschränkte Entscheidungsbefugnis durch Aufsicht srat Eintragung ins Handelsregister verpflichtend* Mindestkapital von 50.000 Euro neben Hauptgründer müssen mindestens drei Personen den Aufsichtsrat bilden weitreichendes Mitbestimmungsrecht der Aktionäre
GbR	keine Formalitäten kein Mindestkapital hohes Maß an Mitbestimmungsmög lichkeiten der einzelnen Gesellschafter	volle Haftung mit Gesellschafts- und Privatvermögen
OHG (nur für Kaufleute)	kein Mindestkapital hohe Kreditwürdigkeit aufgrund der persönlichen Haftung flexible Unternehmen sführung	volle Haftung mit Gesellschafts- und Privatvermögen aufwendige Buchführung Eintragung ins Handelsregister verpflichtend*
PartG (nur Freiberufler)	hohes Maß an Mitbestimmungsmög lichkeiten der einzelnen Partner kein Mindestkapital Mög lichkeit zur Haftungsbeschränkung	Haftung mit Privatvermögen bei fehlerhaftem Handeln Eintragung ins Partnerschaftsregister verpflichtend
KG	Optionen auf zusätzliches Kapital durch Kommanditisten (Beteiligte) hohe Entscheidungsgewalt des Komplementärs (Unternehmer)	volle Haftung mit Privatvermögen (Komplementär)
GmbH & Co. KG	Optionen auf zusätzliches Kapital durch Kommanditisten (Beteiligte) hohe Entscheidungsgewalt des Komplementärs (Unternehmer) Haftungsbeschränkung da Komplementär als GmbH fungiert	hohe Gründungskosten der Komplementär-GmbH rechtlich komplizierte Konstruktion aufwendige Buchführung
		*mit Kosten verbunden; aufwendige Buchführung durch Klassifizierung als k

2. Träger der Wirtschaft



2.5 Der sektorale Strukturwandel

Beiträge der Wirtschaftssektoren zur Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit (1950-1993)

Institutionale		Bruttowertschöpfung*) in %			Erwerbstätige in %					
Wirtschaftssektoren	1950	1960	1970	1980	199	1999	1960	1970	1980	_199
Primärer Sektor Land und Forstwirtschaft, Fischerei	10,7	5,8	3,4	2,1	1.1	23,6	13,7	8,5	5,2	737
Sekundärer Sektor Energie- und Wasserversorgung, Bergbau Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe	49,7	53,2	51.7	44,1	35,6	1999 27,3% 43,3	48,0	48,9	43,5	37
Tertiärer Sektor Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungen, Wohnungs- Vermittlung, sonstige Dienstleistungsunter- nehmen, private und öffentliche Unternehmen	39,6	41,0	44,9	53,8	63,3	1999 67,5% 33,1	38,3	42,6	51,3	199 59,y

^{*)} Auf der Basis der jeweiligen (nominalen) Preise

Beratung: Ingenieure, Rechtsanwälte, Wirtschaftsberater, Steuerberater, Heil- und Erziehungsberufe.

Quartärer Sektor

IT: Informationsdienstleistungen

Hochtechnologie (High Tech) wie Nanotechnologie, Biotechnologie etc.

Kommunikationstechnologie



2.5 Der sektorale Strukturwandel

Die Kondratieff-Zyklen

https://prezi.com/9tqocczrtghv/entwicklungszyklen-der/

Lange Wellen, Basisinnovationen und ihre wichtigsten Bedarfsfelder web2.0 Enterprise 3.0 Kooperation Informations-Psychologie Dampfmaschine Eisenbahn Elektrotechnik Automobil und Kommuni-Globale Textilindustrie Stahl Chemie Petrochemie kationstechnik Kooperation Gesundheit Internet Biotechnologie Integral Health Ermöglichung die echte Gesundheit Informationen Dampfmaschine Massenproduktion Individuelle Befähigung zu Globalisierung Verlautbarungen Bedarfsfelder mechanische Offentlicher Energiebereitstellung Mobilität Kooperativen gleichwertige (Meinungsaustausch) Turbinenerfindung Zusammenarbeit Energie Realisierung Methoden Massentransport fast ohne Dialog) WEB 20 der Kulturen und Bekleidung Stromtransport Massenkonsum WEB 1.0 Management 2.0 Regionen Enterprise 2.0 Heute ← ca. 40-60 Jahre → Kondratieff 1 Kondratieff 3 Kondratieff 4 Kondratieff 5 Kondratieff 7 Kondratieff 2 Kondratieff 6 1780 1830-1850 1880-1900 1920-1935 1950-1980 2000-2005 ab ca. 2050 In der Marktwirtschaft treten neben kurzen Schwangkungszyklen auch lange Schwankungen mit einer Periode von ca. 40-60 Jahren auf. Sie werden Kondratieffzyklen genannt. Auslöser dieser langen Wellen sind bahnbrechende Erfindungen, die so genannten Basisinnovationen, welche eine weitere Entwicklung erst ermöglichen. Bildqualle: Wkipedia

Prof. Dr. Ralf Brickau

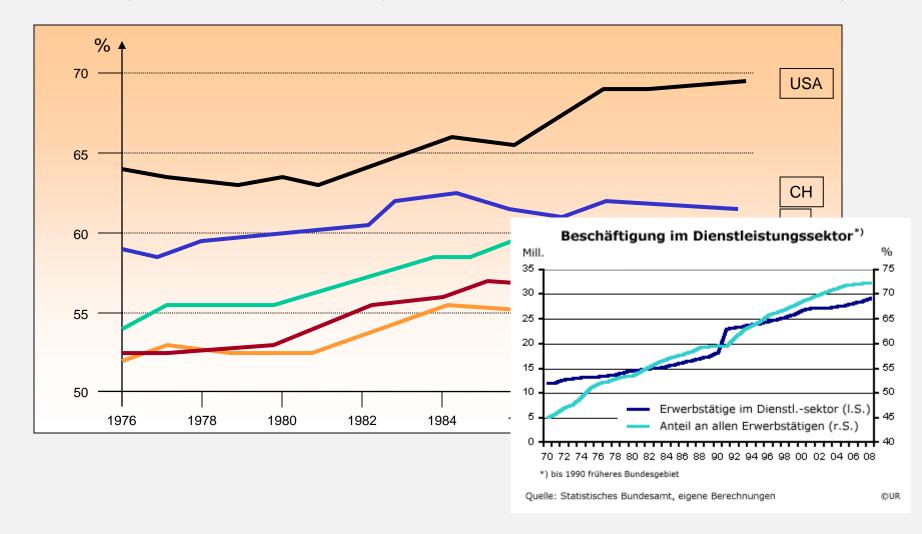
WS 19/20

Grdlg. betriebswirtschaftlicher Entscheidungstatbestände



2.5 Der sektorale Strukturwandel

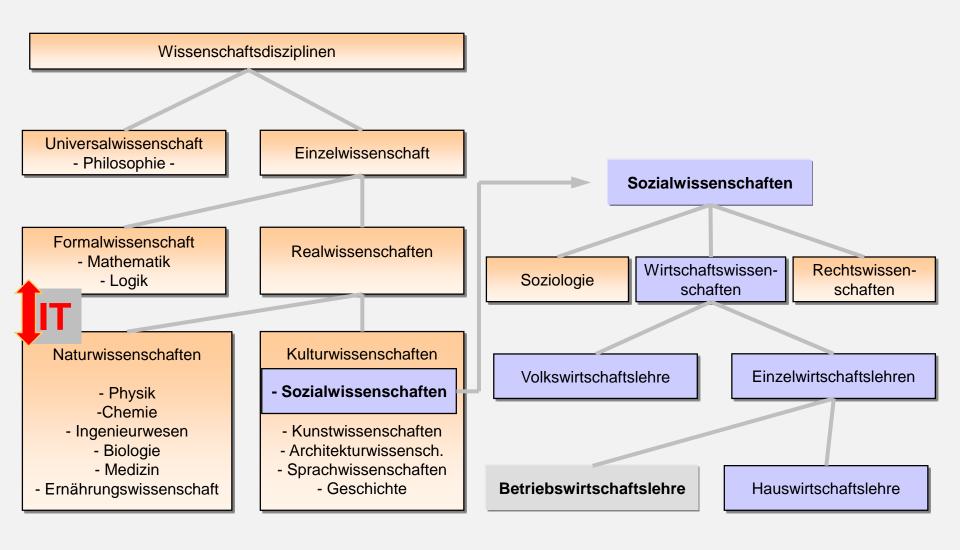
Entwicklung des Anteils des Dienstleistungssektors am Bruttosozialprodukt im internationalen Vergleich



3. Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft

chaft INTERNATIONAL SCHOOL OF MANAGEMENT

3.1 Einordnung der Betriebswirtschaftslehre in die Wissenschaftsdisziplinen



3.2. Einteilung der Betriebswirtschaftslehre in Teildisziplinen

Allgemeine Betriebswirtschaftslehre

. . . befaßt sich mit übergreifenden funktionalen Aspekten des Wirtschaftens, insb. den betrieblichen Grundfunktionen

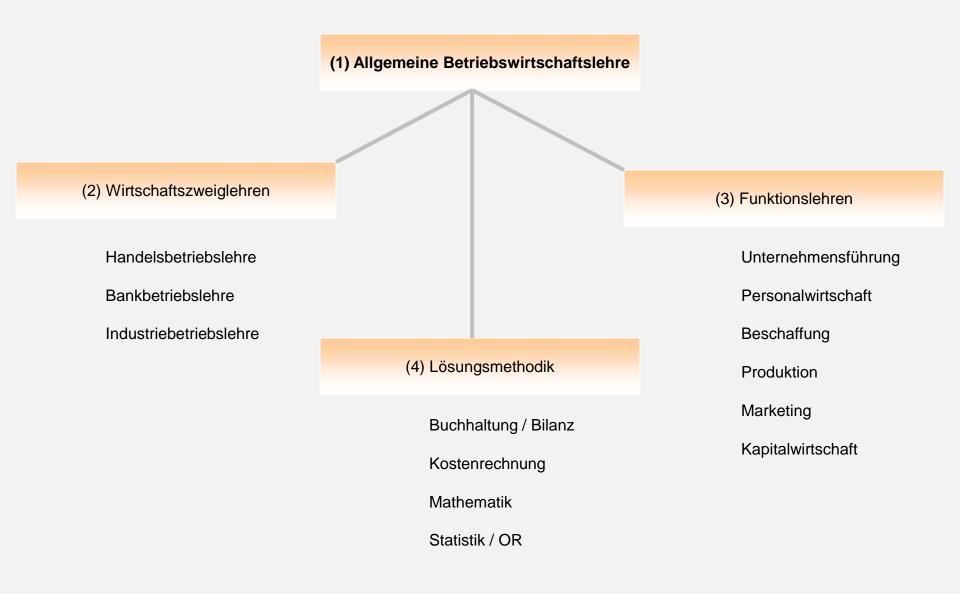
> Beschaffung **Produktion Absatz** Investition und Finanzierung betriebliches Rechnungswesen.

Spezielle Betriebswirtschaftslehre

... befaßt sich mit den institutionellen Besonderheiten des Wirtschaftens z.B.

Bankbetriebslehre Handelsbetriebslehre öffentliche Betriebswirtschaftslehre Industriebetriebslehre Treuhandwesen Genossenschaftswesen **Tourismus** Verkehrsbetriebslehre.

3.2 Gliederung der Betriebswirtschaftslehre



1. Wesen der Unternehmensführung



1.1 Aufgaben der Unternehmensführung

Unternehmensführung = Prozess der Analyse, Planung, Organisation und Kontrolle (=*"Managementaspekt"*) von strategischen und operativen Unternehmensaktivitäten (=*"Entscheidungsaspekt"*) zur dauerhaften Erreichung von Unternehmenszielen (=*"Zielaspekt"*)

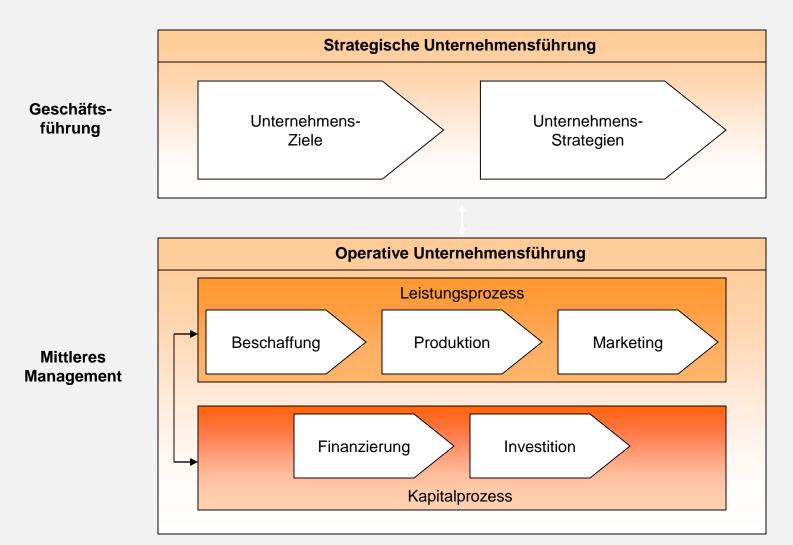
Hauptaufgaben der Führung

Führung										
Entwicklung	Gestaltung	Lenkung								
-Suchen und realisieren neuer Ziele und Verhaltensweisen	-Entwerfen von Ordnung -Organisationsgestaltung	-Festlegen, Auslösen und Kontrolle von zielgerichteten Aktivitäten								
-Beeinflussung der Unternehmenskultur	Aufbauorganisation Ablauforganisation	-Vollzug von Handlungen								
-Förderung der Innovationsfähigkeit	-Regeln schaffen -Das Unternehmen als	-Steuerung von Beschaffung, Produktion und Marketing								
-Rahmenbedingungen zur Unternehmensevolution schaffen	handlungsfähige Ganzheit aufrecht erhalten	- Nutzung von Informationen								

1. Wesen der Unternehmensführung

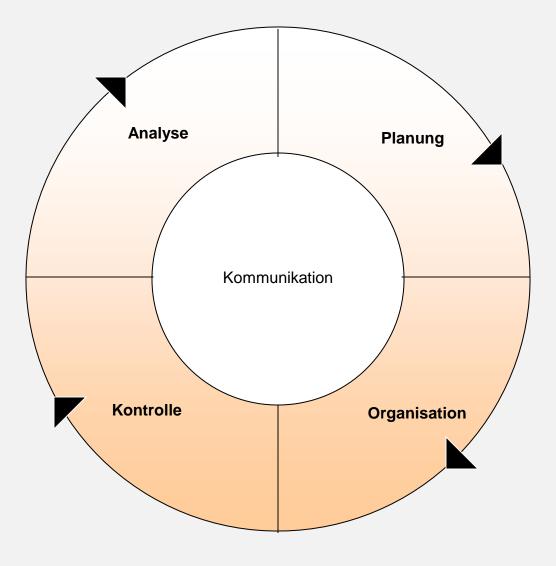


1.2 Funktionsbereiche der Unternehmensführung





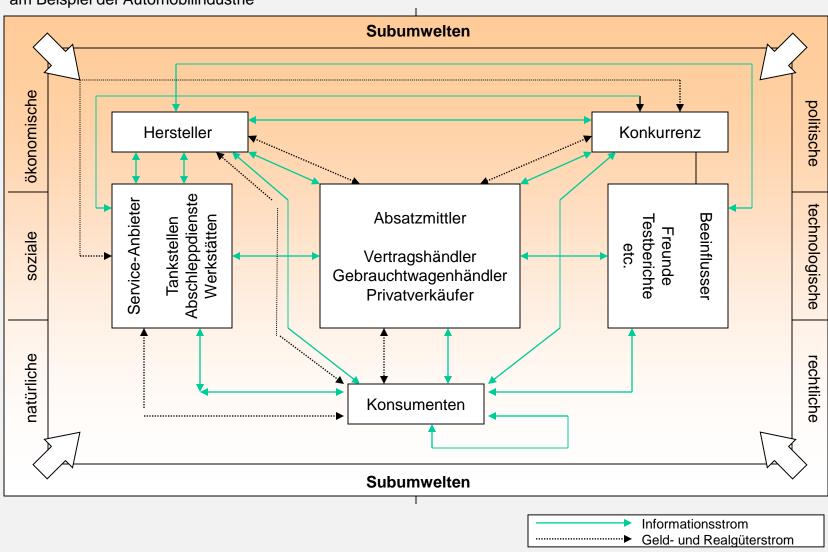
1.3 Managementprozess der Unternehmensführung





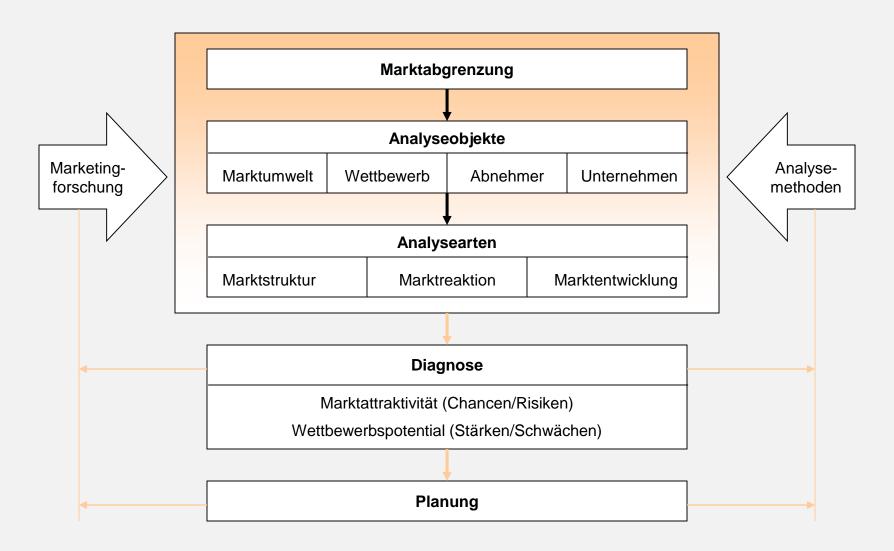
2.1 <u>Die Umweltverflechtung von Unternehmen</u>

am Beispiel der Automobilindustrie





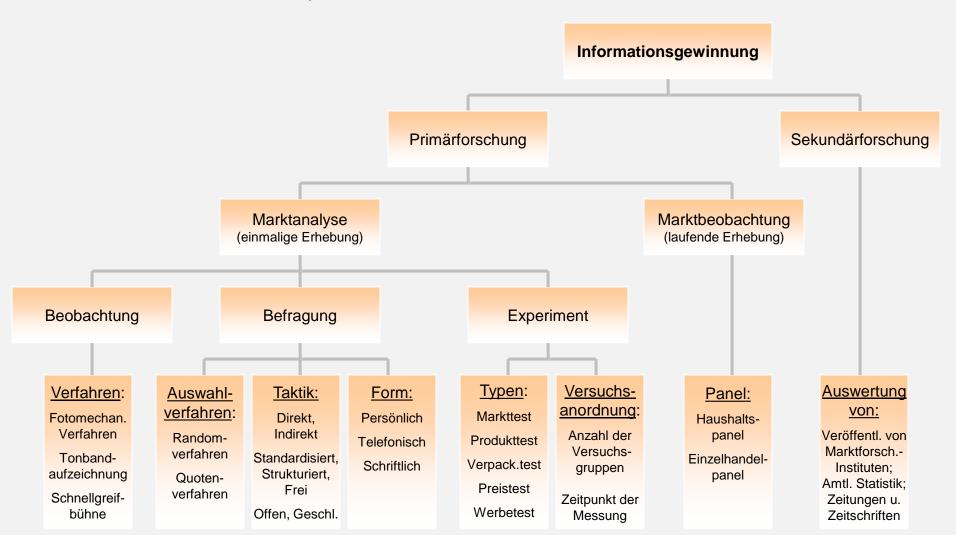
2.2 Aufgaben der Unternehmensanalyse



2. <u>Unternehmensanalyse</u>



2.3 Informationsbereiche der Analyse

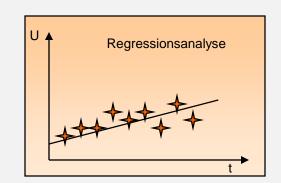


2. <u>Unternehmensanalyse</u>



2.3 Analysemethoden





Analyseverfahren

Stärken / Schwächen

Ressourcen	Beurteilung																		
(Leistungspotential)		S	chle	ech	t		mittel							Ç	gut				
,	9	8	3 7	' 6	5	4	3	2	1	0	1	2	2 3	3 4	5	6	7	8	9
Marktanteil										•	_						X		
Strategie									•>					\geq	>				
Finanzsituation	•X																		
F&E)	(D										
Produktion										<u></u>						X			
Infrastruktur								X		 		•							
Logistik														X					
Kosten					X	:::::::													
Führungssystem					•	<	\leq				X	(
Produktivität									X				•						

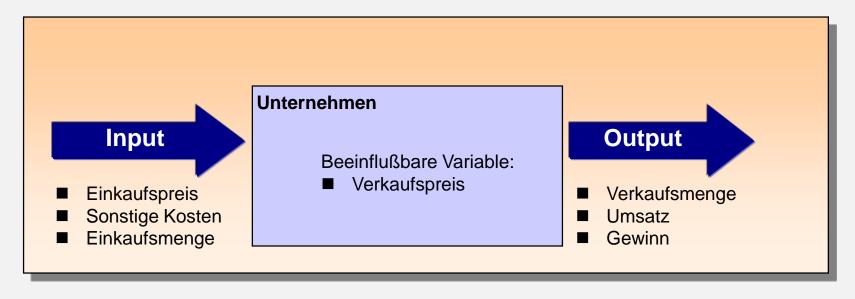
x Wir

Stärkster Wettbewerber



Modellbildung am Beispiel

Ein einfaches Unternehmensmodell als Black Box



... Gegenstand des Unternehmens ist der Verkauf von Erfrischungsgetränken bei Sportveranstaltungen

Datenkranz:

- Einkaufspreis: € 0,60 pro Dose
- Standmiete: € 50,- pro Veranstaltung
- keine Beschaffungsrestriktionen



Modellbildung am Beispiel

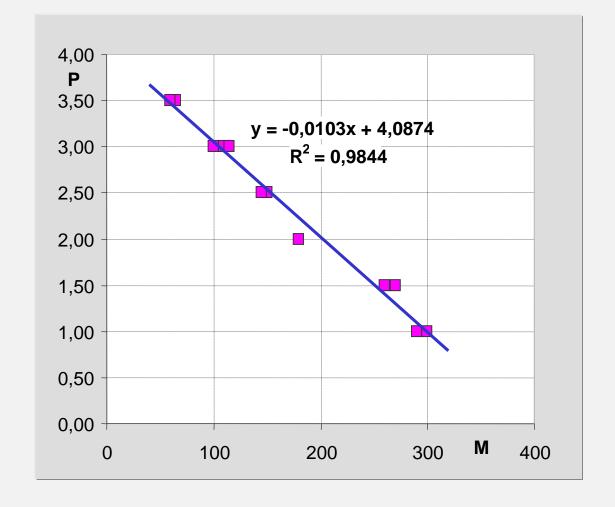
Die Variation des Verkaufspreises liefert unterschiedliche Verkaufsmengen

Erfassungsfunktion

Beschreibungsfunktion

Erklärungsfunktion

Verkaufs	-Verkaufs	-
preis	menge	Umsatz
4.00	222	222.22
1,00	290	290,00
3,00	110	330,00
1,50	270	405,00
1,50	260	390,00
1,00	300	300,00
2,50	150	375,00
2,00	180	360,00
2,50	145	362,50
3,00	100	300,00
3,50	65	227,50
3,00	115	345,00
3,50	60	210,00





Modellbildung am Beispiel

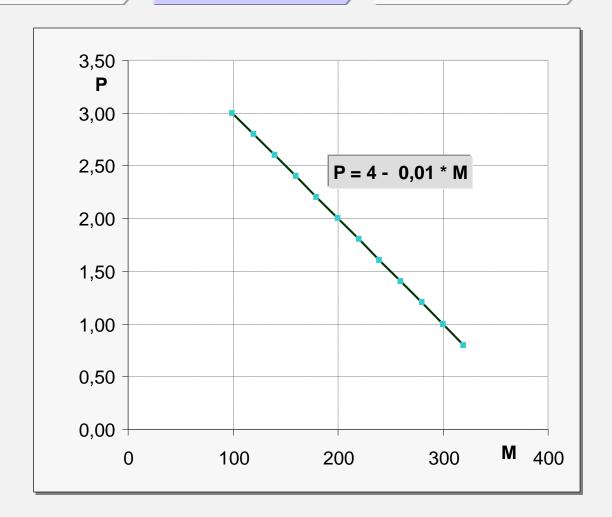
Aus den Beobachtungen wird eine lineare Preis-Absatzfunktion angenommen

Erfassungsfunktion

Beschreibungsfunktion

Erklärungsfunktion

Verkaufs	Verkaufs	Umsatz
preis	menge	
0,80	320	256,00
1,00	300	300,00
1,20	280	336,00
1,40	260	364,00
1,60	240	384,00
1,80	220	396,00
2,00	200	400,00
2,20	180	396,00
2,40	160	384,00
2,60	140	364,00
2,80	120	336,00
3,00	100	300,00





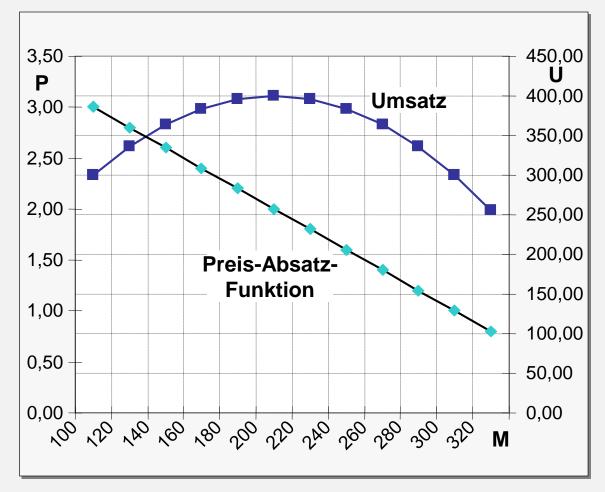
Das Umsatzmaximum wird bei einem Verkaufspreis von 2,00 € pro Mengeneinheit erzielt

Erfassungsfunktion

Beschreibungsfunktion

Erklärungsfunktion

Menge	Umsatz	Verkauf
		preis
320	256,00	0,80
300	300,00	1,00
280	336,00	1,20
260	364,00	1,40
240	384,00	1,60
220	396,00	1,80
200	400,00	2,00
180	396,00	2,20
160	384,00	2,40
140	364,00	2,60
120	336,00	2,80
100	300,00	3,00





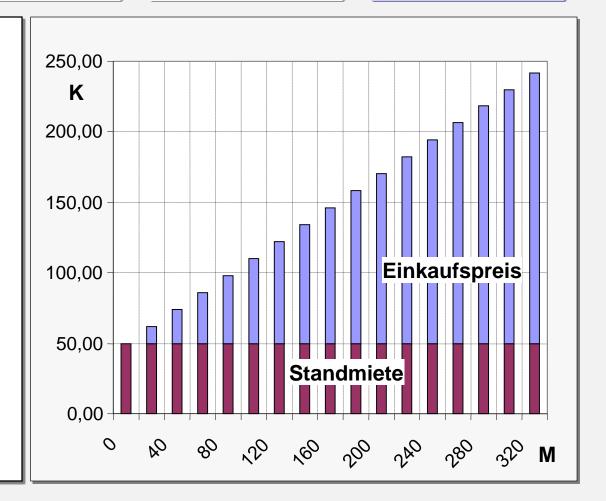
Die Gesamtkosten setzen sich aus dem Einkaufspreis und der Standmiete zusammen

Erfassungsfunktion

Beschreibungsfunktion

Erklärungsfunktion

Fix-	Variable	Menge
kosten	Kosten	
50,00	0,00	0
50,00	12,00	20
50,00	24,00	40
50,00	36,00	60
50,00	48,00	80
50,00	60,00	100
50,00	72,00	120
50,00	84,00	140
50,00	96,00	160
50,00	108,00	180
50,00	120,00	200
50,00	132,00	220
50,00	144,00	240
50,00	156,00	260
50,00	168,00	280
50,00	180,00	300
50,00	192,00	320



Erklärungs-

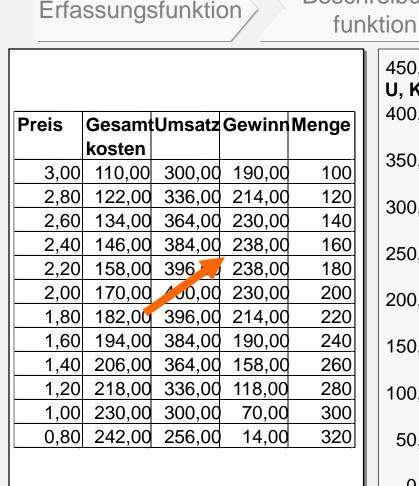


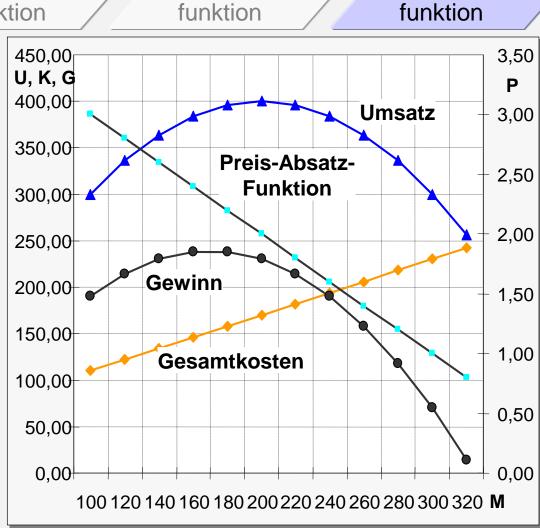
Gestaltungs-

Gewinn- und Umsatzmaximum werden bei unterschiedlichen Verkaufspreisen

erreicht

Beschreibungs-

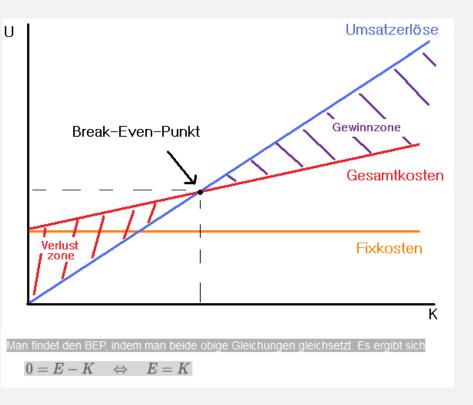




2. <u>Unternehmensanalyse</u>



Wann erreiche ich die Gewinnschwelle?



Durch Verwendung billiger Rohstoffe ist es möglich, die proportionalen Kosten von bisher 28 EUR pro Stück auf 24 EUR pro Stück zu senken. In der Abrechnungsperiode 4/2013 betragen die fixen Kosten 24.000 EUR. Welche Stückzahl muss bei einem Marktpreis von 36 EUR produziert werden und abgesetzt werden, um die Gewinnschwelle zu erreichen? Zusatzinfo: Preis/Stck = 36,00€

3. <u>Unternehmensziele</u>



3.1 Aufgaben der Zielformulierung

Unternehmensziele

erwünschte Sollzustände einer Unternehmung

sie treffen eine Aussage über unternehmerische Ergebnisse, die durch die Planung und Realisation von Unternehmensaktivitäten erreicht werden sollen

Zielfunktionen

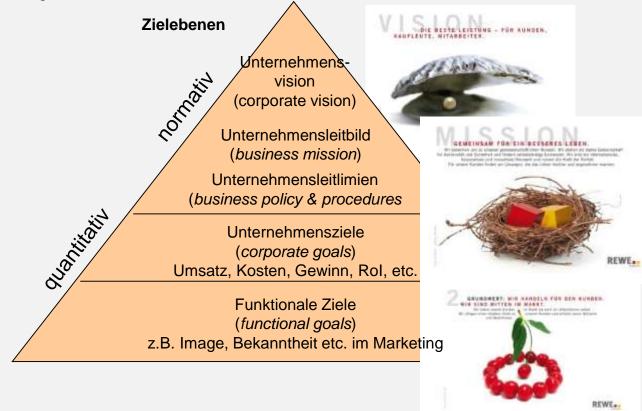
Streuungsfunktion

Kontrollfunktion

Koordinationsfunktion

Motivationsfunktion

Informationsfunktion



3. <u>Unternehmensziele</u>



3.3 Strategische Unternehmensziele

 das aus einem bestimmten Kapitaleinsatz resultierende positive monetäre (geldliche) Ergebnis einer Wirtschaftseinheit

pagatorischer (bilanzieller) Gewinn:

= Ertrag – Aufwand (=bewerteter Faktoreinsatz)

kalkulatorischer Gewinn:

= Umsatz - Kosten

Rentabilität

 Rentabilität zeigt an, in welcher Höhe sich das Kapital in einer Abrechnungsperiode verzinst hat

Die Rentabilität wird ermittelt, da der Gewinn keine ausreichende Auskunft darüber vermittelt wie effizient mit dem eingesetzten Kapital gewirtschaftet wurde. Rol (G:U X U:K X 100) oder ROCE

Produktivität

der mengenmäßige Maßstab des ökonomischen Prinzips

Produktivität = Ausbringungsmenge / Faktoreinsatzmenge

Liquidität

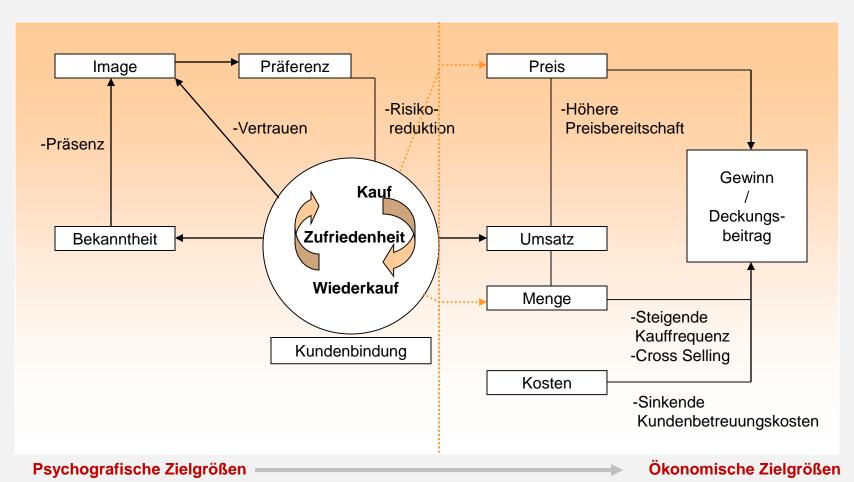
= ist die Verfügbarkeit von kurzfristigen Vermögensbestandteilen.

3. <u>Unternehmensziele</u>



3.4 Operative Unternehmensziele

Funktionale Ziele z.B.: **Marketingziel**e



3. <u>Unternehmensziele</u>



3.5 Methode der Zielbildung

Prüfbarkeit

B.

= die Formulierung des Zielsystems	- sie bedarf folgender Anforderungen:
------------------------------------	---------------------------------------

g	
Realistik	= Verwirklichung der Ziele ist mit verfügbaren Mitteln zu erreichen
Operationalität	= Festlegung der Zieldimensionen, d.h. Umsetzbarkeit mit quant. Zielvorgaben
Ordnung	= Festlegung der Zielbeziehungen (Zielgewichtung, Zielhierarchie)
Konsistenz	= Abstimmung der Ziele aufeinander (nach Möglichkeit Widerspruchsfrei und ohne Zielkonflikte)
Aktualität	= Zeitnähe des Zielsystems / stetige Anpassung an den Zeitablauf
Vollständigkeit	= Enthalten aller wichtigen Ziele
Durchsetzbarkeit	= Möglichkeit der Akzeptanz durch ausführende Stellen
Organisations- kongruenz	= Zuordnung der Ziele zu den Aufgabenträgern / keine Widersprüche zum Organisationssystem
Transparenz und Prüfbarkeit	= Übersichtlichkeit, Verständlichkeit und Beurteilbarkeit der Zielerreichung

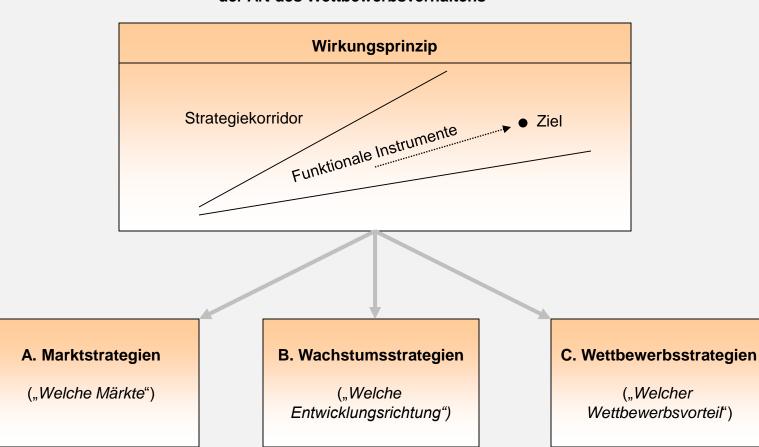
4. Unternehmensstrategien



4.1 Aufgabe der Strategieplanung

Unternehmensstrategie

- langfristig wirkende, zielgerichtete Grundsatzentscheidung hinsichtlich
 - der Auswahl der zu bedienenden Märkte
 - der Art des Wettbewerbsverhaltens



Prof. Dr. Ralf Brickau

WS 19/20

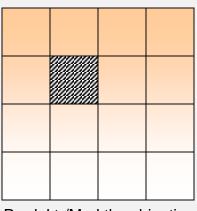
Grdlg. betriebswirtschaftlicher Entscheidungstatbestände

4. <u>Unternehmensstrategien</u>

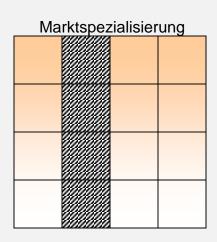


4.2. A. Marktstrategien

Marktfeldstrategie am Beispiel der Tourismusbranche



Produkt-/Marktkombination



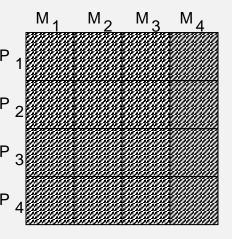
M = Märkte für

M₁ = Urlaubstourismus

 M_2 = Geschäftstourismus

 M_3 = Kurtourismus

 M_4 = Ausflugstourismus



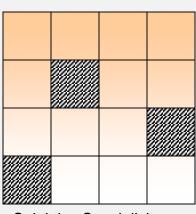
P = Produkt/ Leistung

 $P_1 = Erholung$

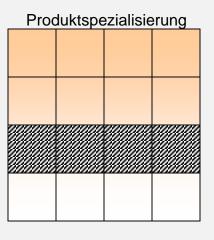
P₂=Aktivitäten

P ₃= Gesundheit

P₄= Events



Selektive Spezialisierung



4. <u>Unternehmensstrategien</u>



4.3 A. Wachstumsstrategien

Interne Wachstumsstrategien

Produkt-/Marktmatrix nach Ansoff:



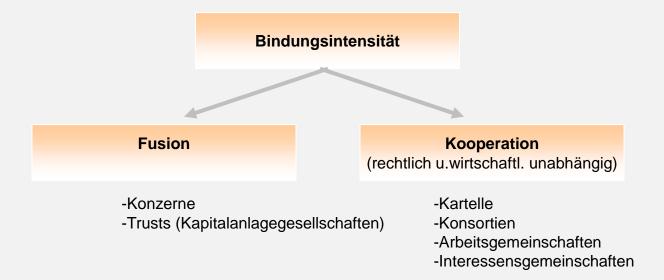
4. <u>Unternehmensstrategien</u>



4.3 B. Wachstumsstrategien

Externe Wachstumsstrategien = Unternehmenszusammenschlüsse

Einteilung der Zusammenschlüsse:

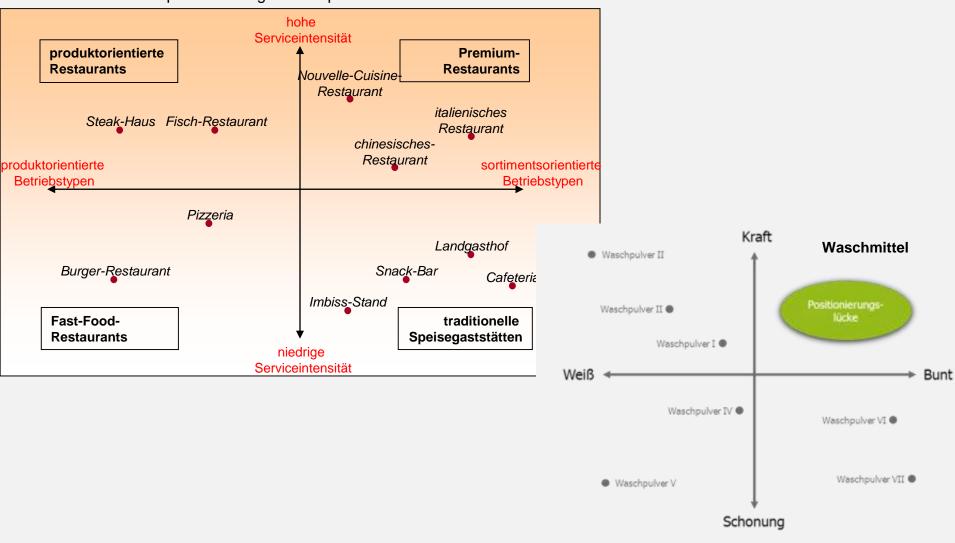


4. <u>Unternehmensstrategien</u>



4.4 C. Wettbewerbsstrategien

Wettbewerbspositionierung am Beispiel eines Restaurants









4. <u>Unternehmensstrategien</u>



4.5 Planungsmethoden

Strategien-Entwicklung:

Kreativitätstechniken z.B. "Morphologischer Kasten"

Produkt: Sofa

Komponenten	mögliche Lösungsformen									
Füße	Holz	Metall	Kunststoff							
Rahmen	Span	Span mit Federkern	Holz mit Federkern							
Polsterung	Schaumstoff <	Rosshaar	Kombiniert							
Stoffe	Rattan	Synthetik	Baumwolle							

Produkt: Urlaub/Reisen

Reiseziel	außereuropäisch	Europa	Deutschland	nahe Umgebung	zu Hause bleiben			
Reisedauer	1 Tag	Wochenende	1 Woche	2 Wochen	3 Wochen	länger		
Verpflegung	Selbst- verpflegung	nur Frühstück	Halbpension	Vollpension	wird gestellt	sammeln und jagen		
Unterkunft	Hotel	Pension	Ferienhaus/ -wohnung	Zelt	Caravan/ Wohnwagen	Privat- zimmer	unter freiem Himmel	zu Hause
Fortbewegung am Urlaubsort	eigenes Auto	Mietauto	Bus	Bahn	Flugzeug	Fahrrad	Motorrad	zu Fuß
Art/Zweck der Reise	Entspannung für Körper und Seele	Abenteuer	Familienurlauh	Bildungsreise	Sporturlaub	Kreativurlaub	anderen Menschen/ Völkern begegnen	Projektarbeit/ -hilfe
Zielgruppe	Familien	Kinder	Jugendliche	Erwachsene	Senioren			
Extras im Angebot	kulturelle Veranstaltungen	sportliche Angebote	besonderer Service	Natur- erlebnisse	Kinder- betreuung	medizinische Betreuung	Geheimtipps zur Region	

Prof. Dr. Ralf Brickau

WS 19/20

Grdlg. betriebswirtschaftlicher Entscheidungstatbestände



Strategien-Bewertung:

z.B. "Bewertungsmatrix nach Richmond"

Es gilt:

< 0,7 abgelehnt

> 0,7 angenommen

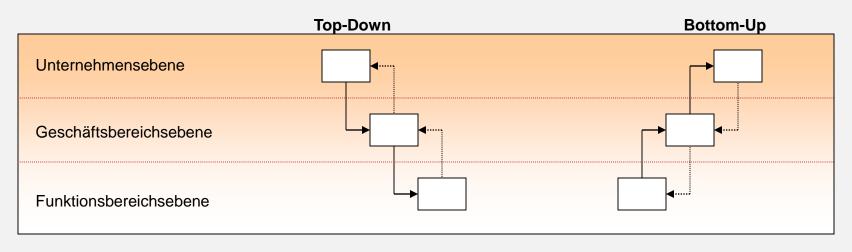
Abteilungen	relative Gewich-								Ergebnis			
	tung	0,1	0,2	0,3	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	1,0	
Marketing	0,3											0,21
Finanzen	0,1											0,05
F&E	0,1											0,04
Produktion	0,3											0,12
Personal	0,1										•	0,10
Einkauf	0,1											0,05
Gesamt	1,0								0,57			

Strategie wird abgelehnt

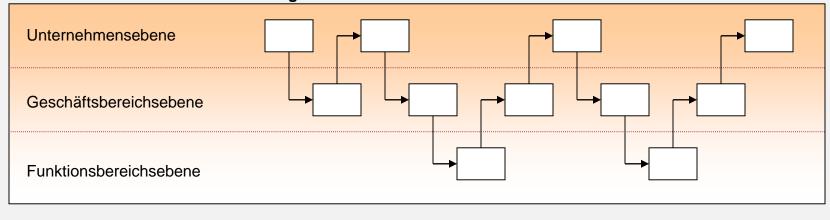


5.1 Plankoordination

Koordination = sachliche und zeitliche Abstimmung von Aktivitäten



Gegenstrom-Verfahren



→ Weiterleitung des Planes Rückkopplung

5. Unternehmenskoordination

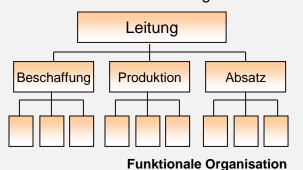


5.3 <u>Unternehmens</u> <u>Organisation</u>

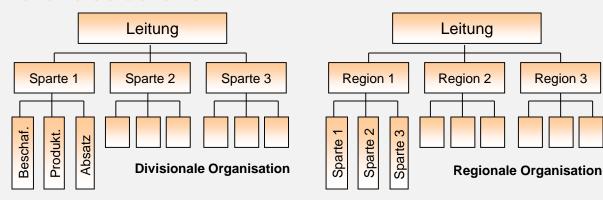
Funktionaler Organisationsbegriff

- Managementtätigkeit, welche den zielorientierten Entwurf und die Realisierung einer Organisationsstruktur beinhaltet
- Formaler Organisationsbegriff
- = ein Gebilde von Formalen Regeln und Strukturen einer Unternehmung

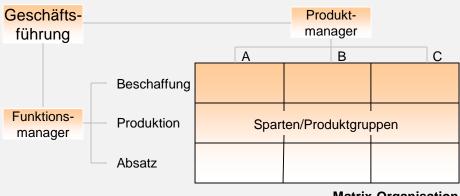
Formen der Aufbauorganisation



- eindimensionale Formen:



- mehrdimensionale Formen



Matrix-Organisation

5. <u>Unternehmenskoordination</u>



5.2 Unternehmenskontrolle

Kontrolle = fortlaufende, informationsverarbeitender Prozess zur

- Ermittlung von Abweichungen zwischen Plan- und Istwerten

- Analyse von Abweichungen -> Controlling - Steuerung!

Revision = Fallweise Kontrolle, Interne / Externe Revision ist eine vom

Tagesgeschäft unabhängige, objektive Prüfungs- und Beratungsaktivität in einer Organisation.

	Kontrolle	Revision
Zeitbezogenheit	gegenwartsbezogen	vergangenheitsbezogen
Häufigkeit der Durchführung	ständige Einrichtung	einmaliger Vorgang
Arbeitsweise	durch Menschen oder Automaten	nur durch Menschen
Abhängigkeit des Kontrollsubjektes	vom Kontrollobjekt abhängige Pers.	vom Kontrollobj. unabhängige Pers.
Einbau in betriebliche Abläufe	eingebaut (systemimmanent)	nicht eingebaut (systemfremd)

C. Grundlagen der Personalwirtschaft

1. Entscheidungsfelder der Personalwirtschaft
INTERNATIONAL
SCHOOL OF MANAGEMENT

1.1 Aufgaben der Personalwirtschaft



Personalbedarfsplanung

Personalbeschaffung

Personaleinsatz

Personalentwicklung

Personalanreize

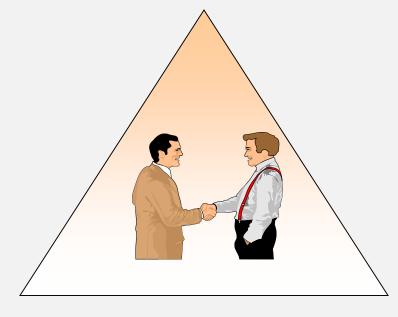
Personalfreisetzung

Personalführung

Personalcontrolling

Personaldimensionen

Personalverhalten

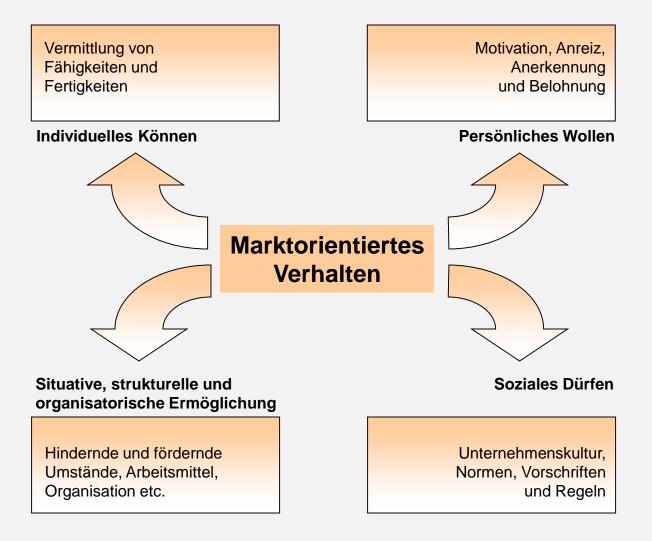


Personalfunktionen

Personalanforderungen

Entscheidungsfelder der Personalwirtschaft
 INTERNATIONAL
 SCHOOL OF MANAGEMENT

1.2 Ziele der Personalwirtschaft



C. Grundlagen der Personalwirtschaft

Entscheidungsfelder der Personalwirtschaft
 INTERNATIONAL
 SCHOOL OF MANAGEMENT

1.3 <u>Träger der Personalwirtschaf</u>t

Personal

Arbeiter

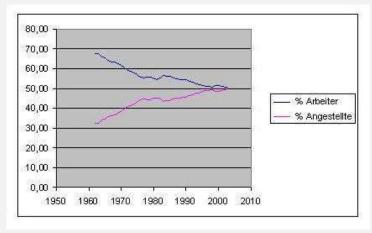
Arbeiter (Lohnempfänger) sind nach § 6 Abs. 1 BetrVG all. Arbeitnehmer einschläslich der zur Berufsatzbildung Beschäftigten, die eine arbeiterrente wersicherungspflichtige beschäftigung ausführen.

Bis zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahr 2001 wurde gesetzlich zwischen Arbeitern und Angestellten unterschieden, §5 Abs. 1 BetrVG subsumiert beide unter dem Oberbegriff "Arbeitnehmer".

Angestellte

Angestellte (Gehaltsempfänger) sind nach § 6 Abs. 2 BetrVG alle Arbeitnehmer, die durch § 3 Abs. 1 Angestelltenversicherungsgesetz eine als Angestelltentätigkeit bezeichnete Beschäftigung ausüben, auch wenn sie nicht versicherungspflichtig sind.

Hierzu gehören auch Beschäftigte, die sich in der Ausbildung zu einem Angestelltenberuf befinden



WS 19/20

Leitende Angestellte

Leitende Angestellte beziehen in der Regel außertarifliche Gehälter und haben eine Tätigkeit, auf die eines der Merkmale des § 5 Abs. 3 BetrVG zutrifft.

Sie sind:

- berechtigt zur selbständigen Einstellung,und Entlassung von Personal oder
- 2) haben Generalvollmacht oder Prokura oder
- 3) nehmen im wesentlichen eigenverantwortlich Aufgaben wahr, die ihnen regelmäßig wegen deren Bedeutung für den Bestand und die Entwicklung des Unternehmens im Hinblick auf besondere Erfahrungen und Kenntnisse übertragen werden.

C. Grundlagen der Personalwirtschaft

2. Personalbedarfsplanung



2.1 Qualitativer Personalbedarf

Qualitativer Personalbedarf = Personalbedarf nach Anforderungen an die Mitarbeiter Strukturelles Anforderungsprofil von Mitarbeitern am Beispiel **Automobilhandel**:

Fähigkeit, sich in den Interaktionen mit dem Kunden verbal und schriftlich klar auszudrücken	(Kommunikation)	
Fähigkeit, die Gefühle und den Standpunkt des Kunden anzuerkennen und darauf einzugehen	(Einfühlungsvermögen)	
Bereitschaft, Entscheidungen zu treffen und etwas zu unternehmen, um Kundenwünsche zu erfüllen	(Entscheidungsfähigkeit)	
Hoher Grad an Wachheit und Aufmerksamkeit im gesamten Interaktionsprozess	(Energie)	
Fähigkeit den eigenen Service-Stil entsprechend der jeweiligen Situation oder der Persönlichkeit des Kunden zu	ı variieren (Flexibilität)	
Zeitgerechte und adäquate Leistung entsprechend der gemachten Zusagen	(Verlässlichkeit)	
Saubere und ordentliche Erscheinung, positiver Eindruck auf den Kunden	(äußerer Eindruck)	
Eigene Aktivitäten um Kundenerwartungen immer wieder zu erfüllen oder zu übertreffen	(Initiative)	
Einhaltung hoher sozialer und ethischer Standards im Umgang mit dem Kunden	(Integrität)	
Vertiefte Kenntnisse bezüglich des Angebots und der kundenbezogenen Leistungsprozesse	(Fachkenntnis)	
Fähigkeit verfügbare Informationen richtig zu beurteilen und zur Entwicklung von Problemlösungen zu nutzen	(Urteilsvermögen)	
Eigenschaft, Gefühl der Arbeitszufriedenheit aus dem Umgang mit den Kunden, der Erfüllung seiner Bedürfniss seiner Probleme gewinnen zu Können (Moti	se und der Behandlung vation dem Kunden zu dienen)	
Fähigkeit, mit seinen Ideen und Problemlösungen beim Kunden Akzeptanz zu finden und ihn vom Angebot des Überzeugen (Überzeug	Unternehmens zu ungsfähigkeit / Verkaufstalent)	
Fähigkeit die Kundenbezogene Arbeit zeitlich und sachlich richtig vorzubereiten	(Planungsvermögen)	
Fähigkeit unerwartete Kundenprobleme, unvorhersehbaren Arbeitsanfall oder Arbeitsdruck während des Kundenkontakts auszuhalten (Belastbarkeit)		
Sammlung und logische Analyse von wichtigen Informationen über die Situation des Kunden (Fä	higkeit zur Situationsanalyse)	
Hohe Ziele im Kundendienst und ständige Bemühungen, diese Ziele zu erreichen	(hohes Anspruchsniveau)	



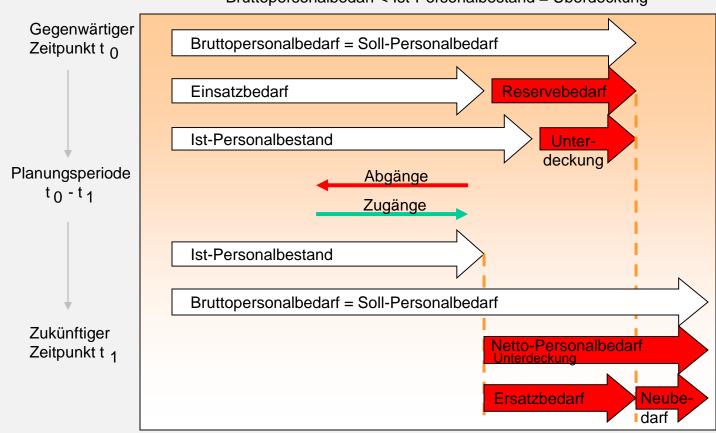
2.2 Quantitativer Personalbedarf

Quantitativer Personalbedarf = Personalbedarf nach mengenmäßiger Anzahl der Mitarbeiter

Bruttopersonalbedarf = die Menge aller Personen einer bestimmten Personalkategorie, die zur Leistung erstellung insgesamt benötigt wird.

Nettopersonalbedarf = Saldo aus Bruttopersonalbedarf - Personalbestand

Ergebnis: Bruttopersonalbedarf > Ist-Personalbestand = Unterdeckung Bruttopersonalbedarf < Ist-Personalbestand = Überdeckung





3.1 Personalbeschaffung und -auswahl

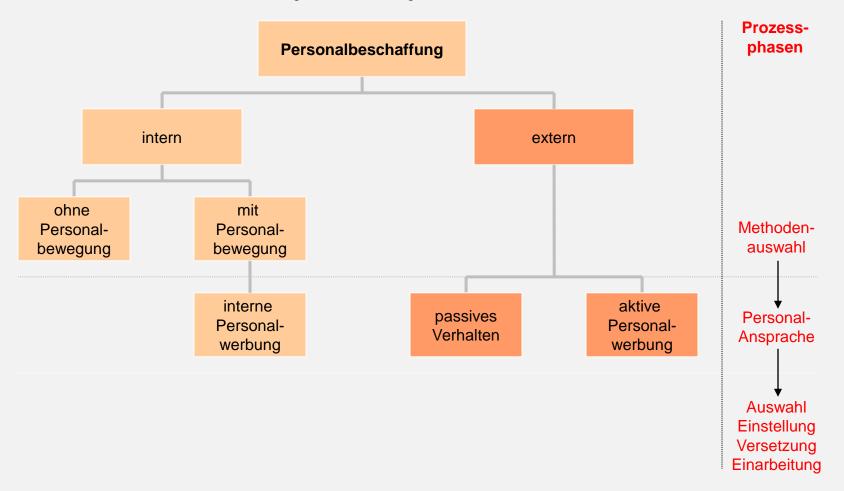
mit

Prozess und Methode der Personalbeschaffung

- intern: ohne Personalbewegung (z.B. Mehrarbeit, Verlängerung der Arbeitszeiten, Urlaubsverschiebung)

Personalbewegung (z.B. innerbetriebliche Bewerbung, Vorschläge von Vorgesetzten)

- extern: Personalleasing, Neueinstellungen



C. Grundlagen der Personalwirtschaft

3. Instrumente der Personalwirtschaft



3.1 Personalbeschaffung und -auswahl

Prozess und Methode der Personalauswahl

Vorauswahl = auf der Grundlage der Bewerbungsunterlagen (*Negativauslese*) **Endauswahl** = auf der Grundlage von Vorstellungsgesprächen, Testverfahren

Bedeutung von Bewerbungsunterlagen:

Deceating veri betterbungeantenagen.				
Bewerbungs- unterlagen:	Kriterien	Gev groß	richtur mittel	g gering
Anschreiben	Form Inhalt Berufl. Aussagen Berufl. Erwartungen			
Lebenslauf	Form Inhalt	•		
Foto	Größe/Farbe/Alter		•	
Schulzeugnis	Ausbildungsdauer Notentrend		•	
Ausbildungs- zeugnis	Ausbildungsdauer Notentrend Benotungsschwerp.	•	•	
Weiterbild zeugnis	Fachbereiche Bewertung	•		
Arbeitszeugnis	Leistung Führung	•		
Referenzen				•
Personalbogen			•	
Arbeitsproben		•		

Beurteilungskriterien des Vorstellungsgesprächs:

Kriterien		
1.	Fachwissen	
2.	Wissensbreite, Spezialwissen, Praxiswissen Intellektuelle Fähigkeiten	
3.	z.B. Auffassungsgabe, Kreativität Ausdrucksvermögen	
4.	Kooperationsvermögen	
5.	Kontaktfähigkeit	
6.	Äußere Erscheinung	
7.	Auftreten	
8.	Selbständigkeit	
9.	Urteilsvermögen	
10.	Motivation	
11.	z.B. Interesse an der Aufgabe, Zielstrebigkeit Belastbarkeit	
12.	Initiative / Dynamik	
13.	Vertrauenswürdigkeit / Offenheit	

C. Grundlagen der Personalwirtschaft

3. Instrumente der Personalwirtschaft



3.2 Personalentwicklung

Aufgaben

Förderung des fachlichen und sozialen Qualifikationsprofils von Mitarbeitern, um diese zu einer erfolgreichen Erfüllung gesetzter Ziele zu befähigen.

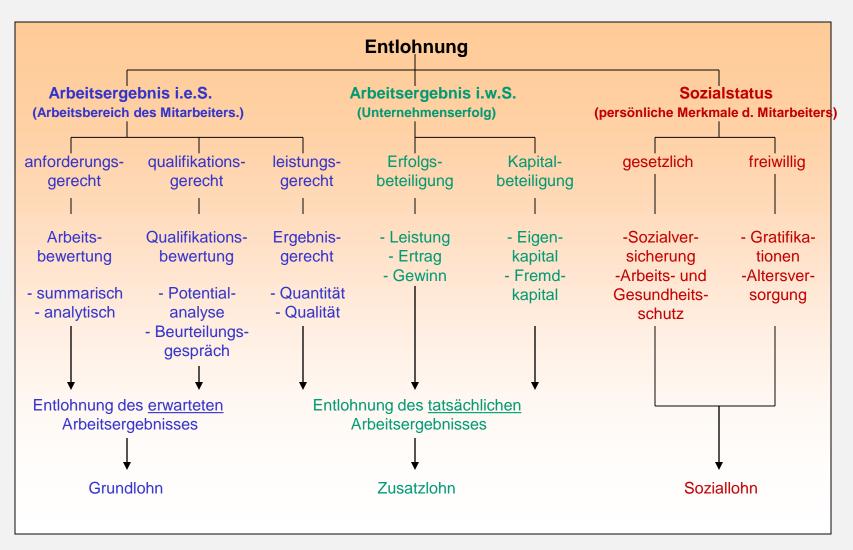
Prozess

- Definition des Anforderungsprofils
 - Zielvorgabe der Personalentwicklung
 - Ermittlung des Qualifikationspotentials der Mitarbeiter
 - Auswahl von Entwicklungsmaßnahmen
 - Kontrolle des Entwicklungserfolges





3.3 Anreizpolitik





3.4 Personalführung

Die wichtigsten Führungselemente sind:

- Führungsaufgaben
- Führungspersonen
- •Weisungsbefugnis mittels Delegation
- Positionsmacht
- Aufgabenstrukturierung
- •Führungsinstrumente (z.B. Kontrollverfahren, Leistungs-Standards, etc.)
- Leistungsmotivation
- Führungsprinzipien
- Management-Development

Leistungskriterien zur Effizienzbeurteilung von Führungssystemen

- Operationalität und Transparenz
- Vollständigkeit
- Standardisierung
- Flexibilität
- Beteiligungsmaß der MA
- Widerspruchsfreiheit







3.4 Personalführung

Führungsstile

= Die Art und Weise, in der Führungsaufgaben gelöst werden

Patriarchalischer Führungsstil

- -Absoluter Herrschaftsanspruch und Gehorsam
- -Führungsanspruch ist gekoppelt an die Treue- und Fürsorgepflicht
- -Keinerlei Beteiligung der Mitarbeiter an Entscheidungen

Charismatischer Führungsstil

- -Herrschaftsanspruch wie beim patriarchalischen Stil
- -Der Führende ist auf seine Ausstrahlungskraft (Charisma) angewiesen
- -Keine unmittelbare Fürsorgepflicht

Autokratischer Führungsstil

- -Souveräner Alleinherrscher mit hierarchisch gestaffeltem Führungsapparat
- -Abgrenzung der Kompetenzen

Bürokratischer Führungsstil

- -Willkür des Autokraten wird ersetzt durch Legalität, Reglement und fachliche Kompetenz
- -Präzise Abgrenzung und Definition der Befugnisse

Kooperativer Führungsstil

- -Beteiligung der Mitarbeiter an den Entscheidungen
- -Entlastung der Führenden durch Delegation von Sachentscheidungen

Autoritär-Persönlichkeits-Orientiert (auch Diktatorisch)

Autoritär-Nicht-Persönlichkeitsorientiert

Demokratisch
Persönlichkeitsorientiert
(auch kollektiv
bzw. partizipativ)

C. Grundlagen der Personalwirtschaft

3. Instrumente der Personalwirtschaft



3.4 Personalführung

Führungstechniken (Beispiele)

Management by Exception (MbE)

- -Gewährung von Handlungsspielraum
- -Eingriffe nur bei Abweichungen vom Ziel, bei wichtigen Entscheidungen und in besonderen Situationen
- -Entlastung der Führungskräfte von Routineaufgaben
- -Motivierende Wirkung durch Handlungsspielraum

Management by <u>Delegation</u> (*MbD*)

- -Übertragung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen
- -Entlastung der Führungskräfte von Routineaufgaben
- -Geringe Überwachungstätigkeit
- -Erleichtert schnelle und sachgerechte Entscheidungen
- -Regelungen für Ausnahmefälle und Informationsbeziehungen notwendig

Andere Konzepte: Management by Objectives (MbO),

Management by Systems (MbS)

Management by Motivation (MbM)

Management by Results (MbR)



(Zusammenfassung)

Aufgaben:

1.1 Einkauf

operative Tätigkeit des Versorgungsvorgangs

- bezieht sich hauptsächlich auf Einkäufer, Einkaufspreis, Einkaufsgenossenschaften, Einkaufsbedingungen, Einkaufsrevision und Einkaufsstatistik

1.2 Disposition Grundsätzlich unterscheidet man die folgenden Bestellverfahren:

- -Auftragsgesteuerte (Bedarfsgesteuerte) Disposition
- -Plangesteuerte Disposition
- -Verbrauchsgesteuerte Disposition

1.3 Eingangskontrolle **Prüfung** der eingegangenen Lieferungen und Leistungen

- -auf Schäden und hinsichtlich Menge und Qualität
- -in Form von Wareneingangsmeldungs-Formularen

1.4 Logistik beschäftigt sich vorwiegend mit **Beschaffungsproblemen** sowie mit der Untersuchung von **Transport-**, **Lager-** und **Umschlagvorgängen**. Aber auch mit damit verbundenen Problemen der **Materialhandhabung** und der transport-, lager- und umschlaggerechten **Verpackung**

1.5 Lagerung der Begriff Lager umfasst folgende Begriffsinhalte:

- -Die eingelagerten Gegenstände selbst
- -Die Räume und Einrichtungen, in denen die Materialien bevorratet werden
- -Die Lagerverwaltung, die für die Lagerung und Abrechnung die Verantwortung trägt

C. Grundlagen der Beschaffungspolitik

2. Beschaffungsstrategien



(Zusammenfassung)

2.1 Portfolio-Analyse:

Ziel = Chancen und Risiken, die vom Markt ausgehen, erkennen, um dann im Rahmen des Beschaffungsmarketing die entsprechenden Strategien zu entwickeln und in die Realität umzusetzen.

2.2 Marktmacht-Portfolio:

Ziel = Untersuchung der Angebotsmacht der/des Lieferanten und die Nachfragemacht des Abnehmers.

hoch	A Emanzipations- strategie	B Geschäftsfreunde- strategie
niedrig	C Anpassungs- und Selektions- strategie	D Chancenrealisie- rungsstrategie
	niedrig	hoch
		hoch Emanzipations- strategie C Anpassungs- und Selektions- strategie

2.3 Risiko-Portfolio:

Ziel = Analyse der Anfälligkeit gegenüber Versorgungsstörungen und des Versorgungsrisikos

		Anfälligkeit gegenüber Versorgungsstörungen	
		niedrig	hoch
Versor- gungs- störun- gen	niedrig	C Abschöpfungs- strategie	D Selektive Strategie
Gefahr Markt- beding- ter	hoch	A Selektive Strategie	B Investitions- strategie



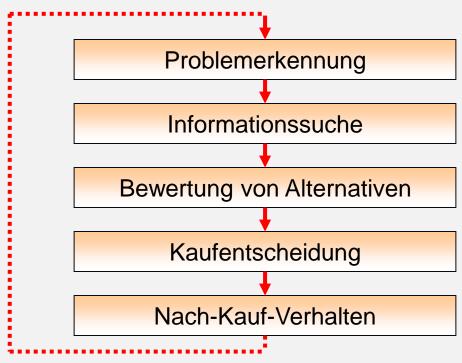
Wiederholungs-Kauf

1.) Das einfachste Modell:



Generell zu akzeptieren, aber: was ist mit Gebrauchsgütern (z.B. Waschmaschinen)?

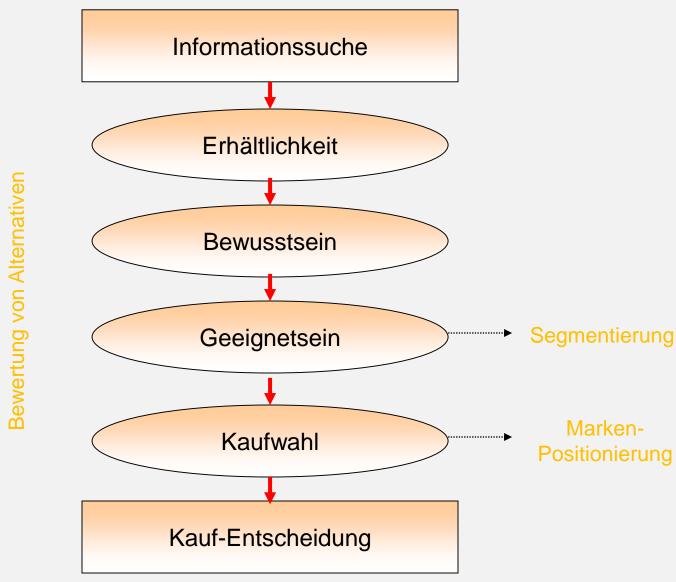
2.) Kotler's Modell:



Komplexeres 5-Stufen-Modell -> realistischer

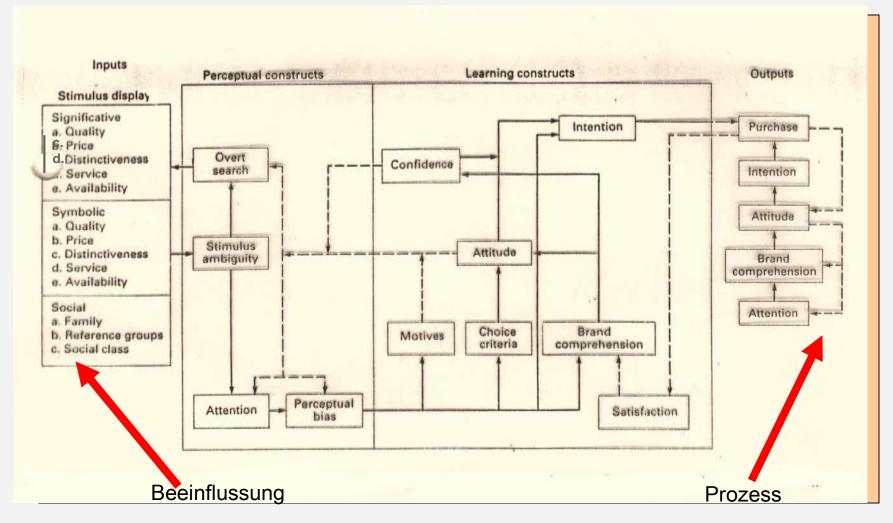


Bewertung von Alternativen





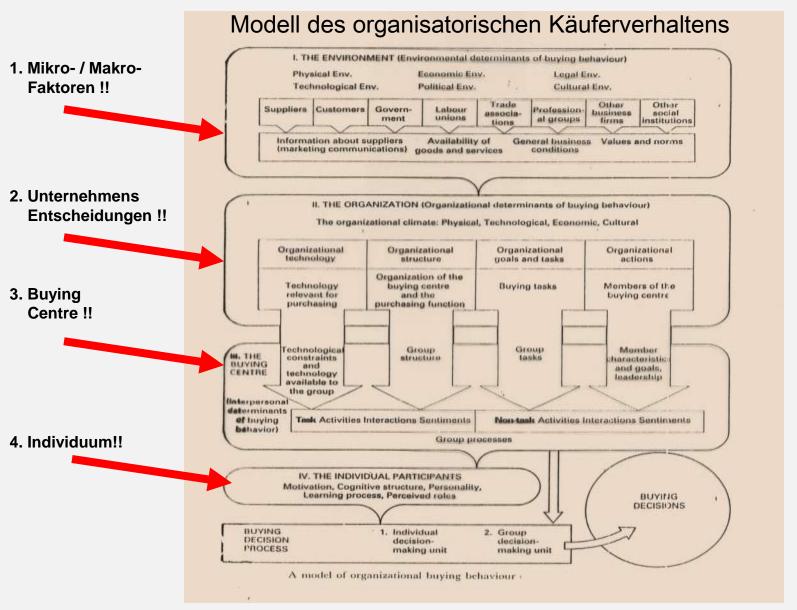
Eine vereinfachte Beschreibung über die Theorie des Käuferverhaltens



·······→= Rückkoppelungseffekte

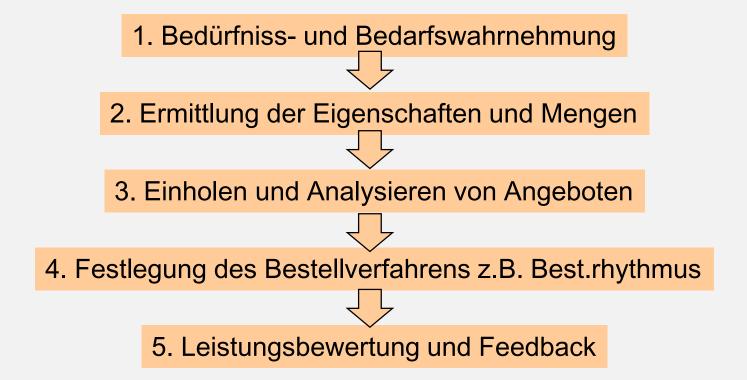
= Informationsfluss







Modell des organisatorischen Beschaffungsprozesses

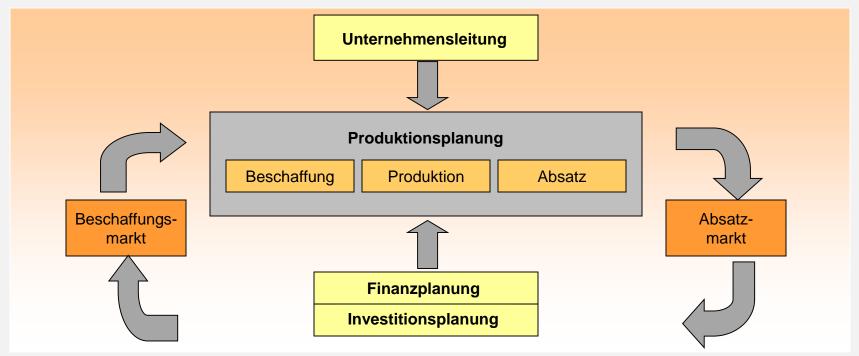




1.1 Das Produktionssystem:

In der Produktion steht der **Transformationsprozess** im Mittelpunkt der betrieblichen Planung **Beschaffungsmarkt** Transformationsprozess Absatzmarkt

Produktion als Grundelement des betrieblichen Kreislaufs:

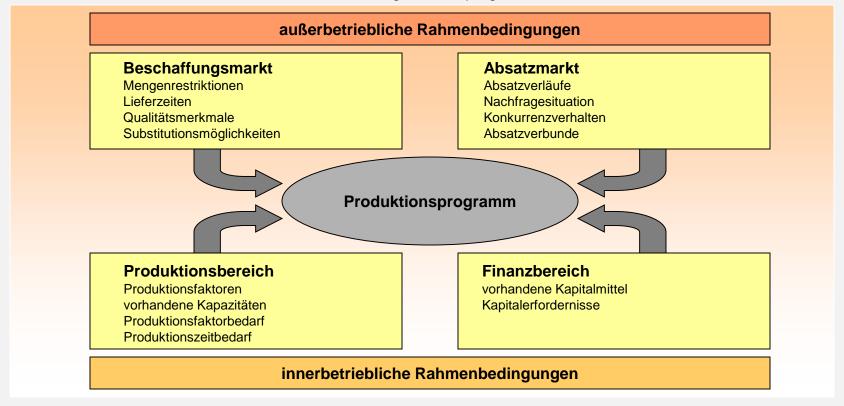




2.1 Produktionsprogrammplanung:

Das Produktionsprogramm bestimmt, welche Arten und Mengen von Gütern in einer bestimmten Periode hergestellt werden sollen. Dabei geht die Planung von einer gewinnorientierten Zielsetzung in der Form aus, dass der Deckungsbeitrag eines Produktes zu maximieren ist.

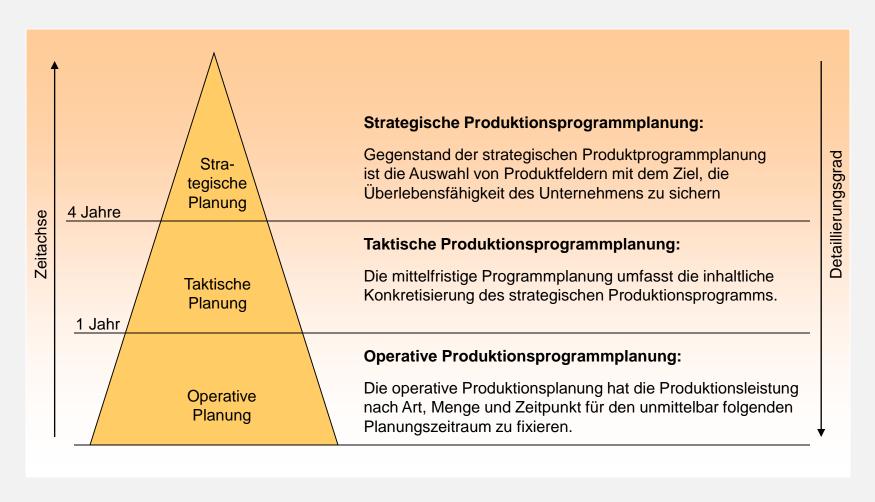
Die Planung des optimalen Produktionsprogramms setzt voraus, dass die dafür notwendigen Daten aus dem Absatzbereich, dem Produktionsbereich und dem Beschaffungsbereich prognostizierbar sind.





2.2 Planungsebenen:

Generell wird zwischen operativer, taktischer und strategischer Produktionsprogrammplanung unterschieden.



3. Prozessgestaltung



(Zusammenfassung)

3.1 Ablaufplanung

Formalziele der Ablaufplanung:





Produktionswirtschaftliches Zielsystem

	Zielkat	tegorie	Beispiele
Produktions- wirtschaftliche Ziele		Mengenziele	 Verbesserung der Produktivität Erhöhung der Produktionsmenge für Exporte Erhöhung des Produktionsvolumens für Ersatzteile
	Sach- und Leistungsziele	Qualitätszlele	Senkung von Reklamationen Senkung von Ausschuss und Nacharbeit
		Zeitziele	 Senkung der Produktionsdurchlaufzeit Verkürzung der Produktentwicklungszeit Verkürzung der Liefertermine
	Wertziele		Erhöhung der Deckungsbeiträge Senkung der Produktionskosten Erweiterung von Investitionsvolumina Verbesserung der Wirtschaftlichkeit
	Flexibilitätszlele		 Einführung eines flexiblen Arbeitszeitmodells Verbesserung der Lieferflexibilität Vergrößerung der Variantenvielfalt an Produkten durch prozessflexible Produktionsanlagen
	Sozialziele		 Qualifizierung des Produktionspersonals durch Fort- bildung Verbesserungen von Sozialeinrichtungen Anreicherung von Arbeitsinhalten an Arbeitsplätzen
	Umweltziele		 Erhöhung der Einsatzquote wiederaufbereiteter Werkstoffe Senkung von Lärm- und Schwingungspegeln sowie Staubemissionen

3. Prozessgestaltung



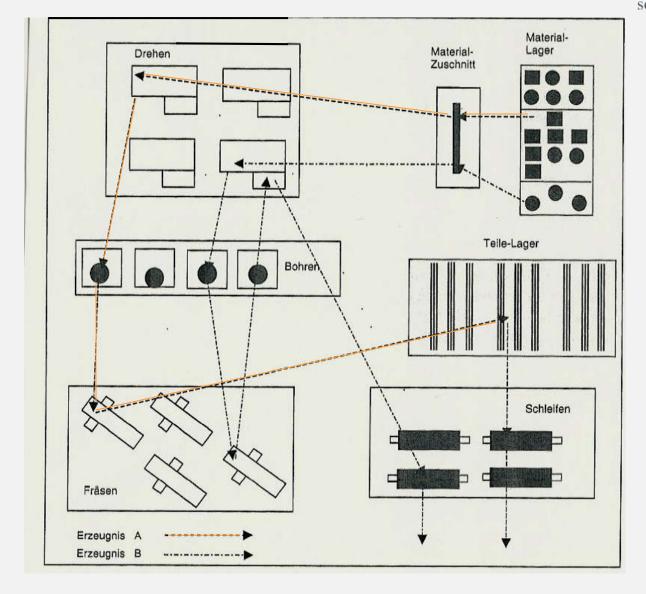
(Zusammenfassung)

3.2 Mengenplanung

Mengenplanung nach Fertigungstypen:



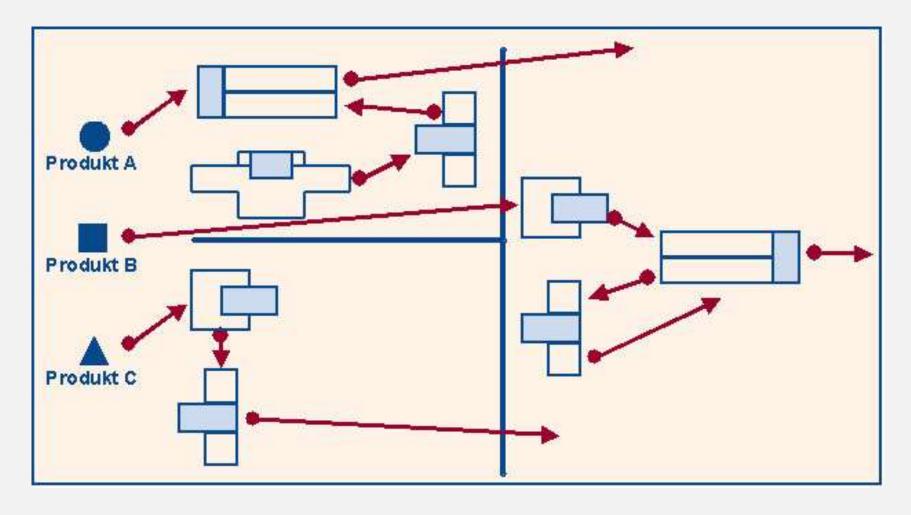


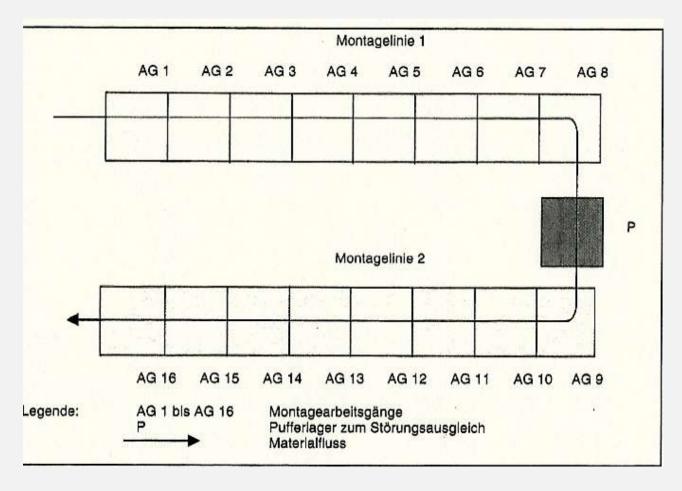


Verrichtungsorientierte Fertigung: Werkstattfertigung



Verrichtungsorientierte Fertigung: Gruppenfertigung





Prozessfolgeorientierte Fertigung: Fließfertigung

Impressum





Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungstatbestände

Prof. Dr. Ralf Brickau

International School of Management
Otto-Hahn-Straße 19
44227 Dortmund

Telefon: 0231-975139-52 Telefax: 0231-975139-39 E-Mail: ralf.brickau@ism.de

URL: www.ism.de